



BILDUNGSPROGRAMM 2024

BILD
UNGS
PRO
GRA
MM
2024

Gerecht ist,
*was die individuellen natürlichen Ungleichheiten
und die soziale Herkunft nicht zum Schicksal werden lässt.*

Pädagogische Arbeit ist Beziehungsarbeit.



Bildung ist der Schlüssel zu Gerechtigkeit, Teilhabe und einem selbstbestimmten Leben. In einer Zeit tiefgreifender gesellschaftlicher, ökologischer und technologischer Umbrüche braucht es ein Bildungssystem, das nicht nur Wissen vermittelt, sondern Menschen befähigt, ihre Potenziale zu entfalten und solidarisch eine gerechte Zukunft zu gestalten.

Dieses sozialdemokratische Bildungsprogramm ist ein klares Bekenntnis zu Chancengerechtigkeit – von der Elementarpädagogik bis zur Erwachsenenbildung. Es stellt das Kind in den Mittelpunkt, setzt auf Inklusion, Diversität, hochwertige pädagogische Qualität und eine umfassende Reform der Lernräume und -methoden. Die Forderung nach ganztägiger, ganzzähriger und kostenloser frühkindlicher Bildung ist ebenso zentral wie der

Ruf nach einer gemeinsamen Schule für alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Status.

Im neuen überarbeiteten Programm zeigen sich klare Weiterentwicklungen und Vertiefungen: Die frühe Bildung wird nicht nur als Grundstein, sondern als gleichwertiger Bildungsbereich anerkannt – mit dem Ziel einer flächendeckenden, ganztägigen, ganzzährigen und kostenlosen Kinderbildungseinrichtung. Inklusion wird konsequent gedacht – nicht als Ideal, sondern als konkrete Struktur: durch multiprofessionelle Teams, barrierefreie Räume und fundierte Aus- und Weiterbildung aller Pädagog:innen.

Digitalisierung wird nicht als Ausstattungsthema behandelt sondern als integraler Bestandteil moderner Bildung – mit gezielter Förderung digitaler Kompetenzen, Ausstattung, Fortbildung und innovativen Lernangeboten wie der „Digital Summer School“.

Besondere Aufmerksamkeit erhält auch die Berufsbildung: Die Lehre wird durch bessere Ausstattung der Schulen und Ausbildungsstätten, höhere Durchlässigkeit, neue Modelle wie Berufskollegs und gezielte Förderungen deutlich aufgewertet. Lebenslanges Lernen wird strukturell verankert – durch zweite Chancen, mehr Weiterbildung und verbesserte Anschlussfähigkeit und erhöhte Durchlässigkeit.

Dieses Programm ist in einem ca. eineinhalbjährigen Prozess unter Mitwirkung von zahlreichen Personen entstanden, die ihre Expertise, Ideen und auch viel Zeit unentgeltlich eingebracht haben. Ihnen allen und ganz besonders den Mitgliedern des Landesbildungsausschusses der SPÖ-Tirol gilt mein Dank. Besonders hervorzuheben ist die Leistung von Mag. Wolf Grünzweig der die Leitung der vorbereitenden Arbeitsgruppe übernommen hat. Gemeinsam mit tatkräftiger Unterstützung der RI Geschäftsstellenleiterin Nicole Heinlein MA und unserer Mitarbeiterin DR.ⁱⁿ Lisa Gensluckner, die dieses wichtige Projekt maßgeblich vorbereitet und vorangetrieben haben.

Das vorliegende Programm ist kein abgeschlossenes Konstrukt, sondern soll dazu einladen gemeinsam zu diskutieren, weiterzudenken, weiterzuentwickeln und vor allem mitzumachen. Es soll aber auch dazu dienen, klare Leitlinien für eine sozialdemokratische Bildungspolitik in Stadt, Land und Gemeinden festzulegen.

Markus Prajczner
Landesbildungsvorsitzender



Bildung ist der Schlüssel zu einem guten Leben, Selbstbestimmung, sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe. Als Sozialdemokrat:innen setzen wir uns mit Nachdruck dafür ein, ein Bildungssystem zu schaffen, das niemanden zurücklässt und allen Menschen dieselben Chancen eröffnet – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Wohnort.

Unser neues Bildungsprogramm ist ein klares Bekenntnis zu kostenloser frühkindlicher Bildung, einer Schule, die niemanden zurücklässt, einer starken Lehre, gut ausgestatteten Hochschulen

und zu einer Gesellschaft, in der lebenslanges Lernen nicht nur möglich, sondern selbstverständlich ist. Bildung ist vielfältig und ebenso vielfältig ist auch unser Bildungsprogramm.



Wir treten ein für ein Bildungssystem, das Vielfalt als Stärke begreift, soziale Ungleichheit abbaut und jede einzelne Person in ihrer individuellen Entwicklung fördert. Es geht nicht um die Anpassung an veraltete Strukturen, sondern um den Mut, Bildung neu und zukunftsorientiert zu denken – zeitgemäß, inklusiv und gerecht.

Dieses Programm ist mehr als eine Sammlung von Maßnahmen. Es ist Ausdruck unserer tiefen Überzeugung: Gute Bildung ist ein gesellschaftliches Versprechen an alle Menschen – und eine Aufgabe, die wir gemeinsam anpacken. Denn wir schaffen Bildungsgerechtigkeit. Mit dir, mit uns, für Tirol.

Philip Wohlgemuth

Landesparteivorsitzender der SPÖ Tirol

Eva Steibl-Egenbauer

Landesgeschäftsführerin der SPÖ Tirol

Vorwort

Unser Verständnis von Bildung fußt auf den Grundwerten der Sozialdemokratie: Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir verstehen Bildung als einen laufenden Prozess der Entfaltung. Die Entfaltung des in jedem Menschen schlummernden Potenzials.

Die Sozialdemokratie strebt eine Gesellschaftsordnung an, deren Ziel die freie Entfaltung jeder und jedes Einzelnen innerhalb der Gemeinschaft ist. Nicht nur die staatsbürgerlichen-politischen, sondern auch die sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte sollen so beschaffen und zugänglich sein, dass jeder und jede solidarisch und kooperativ ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben gemäß den eigenen Talenten, Fähigkeiten und Neigungen führen kann. Diese Grundrechte sollen nicht nur formal gelten, sondern auch real ausgeübt werden können.

Das umfasst den Schutz der unveräußerlichen Grund- und Menschenrechte als auch die positive Handlungsermächtigung und Befähigung zur Nutzung dieser, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, Behinderung, sexueller Orientierung oder Religion.

Die wesentliche Stellschraube, um das zu erreichen, ist aus Sicht der Sozialdemokratie die Forderung nach der besten Bildung für alle, entsprechend den Talenten und Potenzialen eines und einer jeden.

Wir stehen für die Idee einer Schule, in der kein Kind oder kein Jugendlicher, keine Jugendliche fürchten muss, aufgrund besonderer Schwächen oder Stärken weniger akzeptiert oder gar ausgegrenzt zu werden. Bildung ist Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben, die Basis für gesellschaftliche Teilhabe und damit für eine demokratische und solidarische Gesellschaft. Daher ist unser Bildungsbegriff ein emanzipatorischer, der dazu dienen soll, die:den Einzelne:n zu befähigen und gemeinsam Verantwortung für eine gerechtere Gesellschaft zu übernehmen.

Wir stellen das Kind in den Mittelpunkt aller Überlegungen. Jedes Kind ist gleich viel wert, kein Kind darf zurückgelassen werden. Kinder haben das Recht auf die beste Bildung. Das Bildungswesen muss auf dem Grundsatz der Chancengerechtigkeit für jedes Kind aufbauen. Dabei stehen die Ermächtigung jeder und jedes Einzelnen zur selbstbestimmten Gestaltung des eigenen Lebens, die Förderung, Forderung und Begleitung im institutionellen Umfeld und die Leistungsfähigkeit einer zeitgemäßen Pädagogik im Zentrum, die allen unabhängig von den familiären und sozialen Hintergründen offensteht.

Unsere Lebens- und Arbeitswelten befinden sich in einem ständigen Wandel. Die Art und Weise, wie kommuniziert wird und Informationen und Wissen transportiert werden, verändert sich. Niemand weiß konkret, wie unsere Gesellschaft in der Zukunft aussehen wird. Umso mehr sind wir deshalb als Gesellschaft darauf angewiesen, Kreativität und Wissenserwerb zu fördern. Bildung muss begeistern. Deswegen ist eine der wichtigsten Fragen: Wie können wir alle Kinder und Jugendlichen auf die kommenden Herausforderungen vorbereiten, wenn wir diese noch gar nicht genau kennen?

Mit dem aktuellen Bildungssystem wird es nicht gelingen, junge Menschen ausreichend auf die Zukunft vorzubereiten. Reine Faktenvermittlung und isolierte Disziplinen sind nicht mehr zeitgemäß, da Wissen heute jederzeit abrufbar ist. Stattdessen müssen wir uns fragen, welche Kompetenzen und Fähigkeiten gestärkt werden sollten, um Kinder und Jugendliche für ein selbstbestimmtes und erfolgreiches Leben auszurüsten. Es geht nicht nur um Wissen, sondern auch um die Förderung von Selbstorganisation, Teamfähigkeit, sozialer und digitaler Kompetenz, kritischem Denken sowie kreativem Gestalten und Handeln.

Die Sozialdemokratie hat die richtigen Konzepte, damit wir uns als Gesellschaft und als Individuen ständig weiterentwickeln und wachsen können sowie auf das Kommende gut vorbereitet sind. Bildung endet nicht mit dem Schulabschluss, sondern die Lust und Bereitschaft zu lebenslangem Lernen und Entdecken muss geweckt und gefördert werden – denn man lernt ein Leben lang.

Im Sinne der gesamten Bildungskarriere müssen gerade die Bereiche Elementarpädagogik und Primarstufe im Fokus jeglicher Bemühungen einer Verbesserung des Bildungssystems und der Ressourcenverteilung liegen. Dafür müssen Kindergärten und Volksschulen mit einheitlichen Bildungskonzepten und Lehrplänen, mit qualifiziertem Personal und Supportteams sowie den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Die Vermittlung von Kompetenzen verlangt nach neuen Lehr- und Lernformen sowie projektorientiertem und interdisziplinärem Unterricht, welcher schulautonom den Bedürfnissen der Schüler:innen und Pädagog:innen entsprechend gestaltet wird.

Jede Schule, jedes Kind ist anders. Deshalb sollten die Pädagog:innen in der Schulgemeinschaft selbst wesentlich mitgestalten, was sie brauchen, um Schule erfolgreich zu entwickeln. Kinder wollen lernen. Alles, was Bildungsinstitutionen schaffen müssen, ist ein Raum zu sein, der ihre Kreativität, Neugier, den Wissensdurst und ihren Erfindergeist fördert, der ihnen die Freiheit gibt sich auszuprobieren, spielerisch mit- und voneinander zu lernen, Fehler zu machen und daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen. In einer qualitätsvollen Bildungseinrichtung ist Leistung die Folge der persönlichen Entwicklung und Entfaltung des Kindes und nicht ein an starren Parametern willkürlich abgelesener Reproduktionsfaktor aus der Sicht und Beurteilung einer Lehrperson. An den bisherigen Schnittstellen des Bildungssystems braucht es fördernde Übergänge statt Trennung und Aussonderung.

Unser Bildungssystem darf sich also nicht nur auf das Erlernen von Grundkompetenzen und kognitivem Wissen beschränken. Es muss darüber hinaus soziale und kulturelle Fertigkeiten – wie Kreativität, Empathie, Solidarität, Toleranz, Verantwortung, selbständiges Denken und Kritikfähigkeit – vermitteln. Ob als Elternteil oder als Pädagog:innen: Erwachsene sollen dabei das Kind als anspruchsvolle und glaubwürdige Partner:innen begleiten.

Jedes Kind ist gleich viel wert, kein Kind darf zurückgelassen werden. Die Zukunft unserer Kinder darf nicht von der sozialen Schicht, dem Geburtsort, dem Vermögen oder dem Einkommen der Eltern abhängen.

Bildung darf nicht weiterhin ein Privileg der Besitzenden sein. Wir kämpfen daher für ein öffentliches, frei zugängliches, inklusives Bildungssystem, das allen Kindern gleiche Chancen garantiert und bereits die Jüngsten individuell und bestmöglich fördert. Vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung stehen wir für inklusive Räume, in denen der Wechsel zwischen Bildungs- und Ausbildungswegen offensteht und jeder Mensch das Recht auf mehr als eine Chance hat, den eigenen Interessen zu folgen.

Innsbruck, im November 2024, SPÖ Landesbildung Tirol

Inhalt

ELEMENTARPÄDAGOGIK	10
Kinderrechte umsetzen.....	10
Ganztags – Ganzjährig – Gratis	10
Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit	11
Inklusion von Anfang an leben	11
Die besten Pädagog:innen	11
Weiterentwicklung der Pädagog:innenbildung	12
Männer gewinnen und späteren Einstieg ermöglichen	12
Multiprofessionelle Teams	12
Der Raum als dritter Pädagoge	12
Die erste Bildungseinrichtung.....	13
SCHULE NEU DENKEN	13
Schüler:innen sind individuell	13
Neue Wege des Lernens	14
Grundkompetenzen stärken	14
Auflösung des Fächerkanons.....	14
Ethik für Alle	15
Politische Bildung.....	15
Zeitgemäße Abläufe.....	15
Kinder und Jugendliche mit Problemlagen.....	16
Einbindung von Sozialarbeiter:innen	16
Elternarbeit.....	16
Bildungs- und Berufsorientierung.....	16
Weiterentwicklung der standardisierten Reifeprüfung	17
Schüler:innenvertretung	17
Gemeinsame Schule	17
Ganztagsschule mit verschränktem Unterricht – flächendeckend und kostenlos.....	18
Schulautonome Handlungsspielräume	18
Schulleitungen stärken und unterstützen	19
BERUFSBILDUNG – LEHRE WERTSCHÄTZEN	19
Schulpflicht an Bildungsziele knüpfen.....	19
Mehr Flexibilität für Bildungswegentscheidungen	20
Mut für Neues: Modularisierung.....	20
Digitalisierung	20
Mit mehr Zug zum Tor: Erfolgsquoten steigern	21
Qualität der Lehrlingsausbildung im Betrieb steigern	21
Mehr Anreize zur Schaffung von Lehrplätzen	21
Überbetriebliche Lehrausbildung.....	22
Gute Arbeitsbedingungen als Anreiz.....	22
Mehr Wertschätzung und bessere Durchlässigkeit	22
Weiterbeschäftigungszeit verlängern	23
Mitbestimmung stärken	23
DIVERSITÄT UND MEHRSPRACHIGKEIT	23
Aufeinander zugehen	23
Bildungsbenachteiligung.....	24
Chancen statt Barrieren	24
Diversitätskompetenz.....	24

Mehrsprachigkeit als Gewinn verstehen	25
Didaktisches Gesamtkonzept für durchgängige Sprach(en)förderung	25
Förderung von Deutschkenntnissen	25
BILDUNGS-EMPOWERMENT JUNGER FRAUEN	26
BARRIEREFREIHEIT, INKLUSION, TEILHABE	28
Eine Schule für alle	26
Beste Ausstattung und multiprofessionelle Teams	26
PBZ wieder einrichten	26
Sonderschulen öffnen	27
DIGITALISIERUNG	27
Digitale Grundbildung	27
Digitale Lehrmittel	27
Digitalisierung/Ausstattungsinitiative	28
Digital Summer School	28
Digital fitte Pädagog:innen	28
IM DIALOG MIT DEN ELTERN	28
Positiver Bildungsbegriff	28
Eltern unterstützen Eltern	29
Ferienbetreuung	29
LEHRER:INNEN(AUS)BILDUNG	29
Lehrer:innenausbildung verbessern	30
Fachliche Schwerpunktsetzungen	30
Weiterbildung stärken und ausbauen	30
Hochschulentwicklungsplan der Pädagogischen Hochschulen	30
SCHULORGANISATION	31
Mehr Personal für die Schulen	31
Einheitliche Schulerhalterschaft	32
Nachhaltige Finanzierung des Bildungswesens	32
Chancenindex: Ressourcen für Bildungseinrichtungen	32
Aktualisierung des Lehrer:innen-Dienstrechts	33
Neuordnung und Modernisierung des Schulgesundheitsdienstes	33
Schüler:innen-Beihilfe	33
UNIVERSITÄTEN UND HOCHSCHULEN	33
Bessere Finanzierung	33
Studieren leistbar machen	34
Weniger befristete Arbeitsverträge	34
Neue Parameter für Leistungsvereinbarungen	34
Demokratie an Universitäten stärken	34
BILDUNG EIN LEBEN LANG	34
Garantie der Vorbereitung und Unterstützung	34
Nachholen von Bildungsabschlüssen	35
Weiterbildungskonto	35
Man lernt nie aus: zweite Chance	35
ÖFFENTLICHE BILDUNGSINFRASTRUKTUR	36
KINDERARMUT ABSCHAFFEN	36
Kindergrundsicherung	36

ELEMENTARPÄDAGOGIK

Elementarbildung beweist täglich aufs Neue, dass Entdecken und Lernen lustvoll und ohne Druck umgesetzt werden kann. Kinderkrippen und Kindergärten sind die ersten Bildungseinrichtungen und keinesfalls nur Betreuungsorte. Dort findet im Rahmen geregelter Tagesabläufe der erste Kontakt zu einer Gruppe von Individuen sowie familienfremden Autoritäten statt. Elementare Bildung stärkt Kinder als wichtige Gruppe der Gesellschaft. Sie bietet Erziehung zum Frieden, inklusive Bildung, Stärkung sozialer Kompetenzen und des Selbstwerts der Kinder sowie den konstruktiven Umgang mit Diversität. Potential-, Begabungs- und Sprachförderung beginnen dort. Die Kinder werden gefördert und gefordert. Sprachliche Vielfalt ist ein Schatz und wird als solcher gelebt.

Die positiven Auswirkungen einer qualitativ hochwertigen frühen Bildung auf die kognitiven Fähigkeiten sowie auf die soziale und emotionale Entwicklung der Kinder sind evident und sind vor allem im Kleinkindbereich besonders hoch. Jeder in den elementarpädagogischen Bereich investierte Euro wirkt deutlich stärker als spätere Investitionen in das Bildungssystem.

Es zeigt sich, dass sich Investitionen in frühkindliche Bildung und Betreuung positiv auf den schulischen und beruflichen Werdegang der Kinder auswirken.

Kinderrechte umsetzen

Immer noch wachsen Kinder in Österreich auf, ohne zu ihrem Recht auf Bildung von klein auf zu kommen. Und das, obwohl die UN-Kinderrechtskonvention im Jahr 1990 in Österreich unterzeichnet wurde und seit 1992 ratifiziert ist. Teile davon, wie auch das Recht auf Bildung, sind in der Österreichischen Verfassung verankert. Das Recht auf Bildung für die Kleinsten ist allerdings – mehr als 30 Jahre später – immer noch nicht auf allen politischen Ebenen angekommen.

Ganztags – Ganzjährig – Gratis

Je früher Kinder qualitätsvolle Bildungsangebote erhalten, desto positiver ist die Auswirkung auf die kindliche Entwicklung und ihre Bildungslaufbahn. Die Einführung des verpflichtenden Kindergartenjahres in Österreich im Jahr 2008/09 war eine wirksame Maßnahme zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit.

Elementarpädagogische Einrichtungen sind ein wesentlicher Faktor in der Entwicklung von Kindern, insbesondere wenn es um sprachliche, soziale und motorische Kompetenzen geht.

Gerade Kinder jener Familien, bei denen integrativer und/oder sprachlicher Bildungsbedarf besteht, besuchen oftmals keinen Kindergarten.¹ Segregation beginnt somit bereits im Kindergarten. Deswegen darf der Besuch des Kindergartens nicht von der Geldbörse der Eltern abhängen. Es soll allen Kindern gleichermaßen – nämlich über die gesamten drei Kindergartenjahre – der Besuch gratis ermöglicht werden. Hierbei sollen der gesamte Tag und nicht bloß der Vormittag sowie das ganze Jahr und nicht bloß die ferienfreie Zeit kostenlos sein. Ein ganztägiger und ganzjähriger sowie kostenloser Kindergarten ist das Ziel, am besten mit einem kostenlosen, warmen Mittagessen, das für zahlreiche Kinder zu Hause keine Selbstverständlichkeit ist.

Bisher unterscheidet das Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz zwischen dem Kinderbetreuungsjahr (1. September bis zum 31. August des Folgejahres) und dem Kindergartenjahr, das wie das Schuljahr sämtliche Ferien

¹ Statistik Austria 2023: Migration & Integration. Zahlen, Daten, Indikatoren; https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/MIG2023.pdf

aus der Betreuung ausschließt.¹ Diese Unterscheidung muss aufgehoben werden, um den elementarpädagogischen Kinderbildungseinrichtungen die Möglichkeit zu geben, ohne finanzielle Einbußen ganzjährig geöffnet zu sein.

Die VIF-Kriterien sollen als Mindestanforderung für die Öffnungszeiten der Kinderbildungseinrichtungen herangezogen werden und nicht als Maximum:

- Mindestens 47 Wochen im Kindergartenjahr geöffnet (das heißt max. 5 Wochen pro Jahr geschlossen).
- Mindestens 45 Stunden pro Woche von Montag bis Freitag geöffnet.
- An vier Tagen pro Woche mindestens 9,5 Stunden geöffnet (z.B. Mo – Do von 7.00 Uhr bis 16.30 Uhr).
- Angebot von einem (warmen) Mittagessen für die Kinder.

Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit

Jedem Kind sind alle Chancen zu eröffnen – unabhängig von der Wohnregion, der sozialen oder nationalen Herkunft, des Geschlechts oder der Religionszugehörigkeit. Als zentrale Maßnahme für Chancengleichheit ist ein flächendeckender freier Zugang zu elementarer Bildung und die Sicherung von Qualitätsstandards zu gewährleisten.

Inklusion von Anfang an leben

Alle Kinderkrippen und Kindergärten müssen inklusiv geführt werden. Dafür ist es wichtig, dass das Personal entsprechend ausgebildet ist und auch ausreichend Assistenz-Personal zur Verfügung gestellt wird. Inklusive Bildung braucht auch im Elementarbereich bedarfsorientierte Ressourcen (Therapie, Förderung, Begleitung, ...), um gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

Eine Förderung des Erlernens der Österreichischen Gebärdensprache (ÖGS), der leichten Sprache (einfaches Deutsch) sowie anderer Zusatzkompetenzen im Rahmen der Ausbildung, aber auch als Weiterbildungsinhalte, soll aktiv umgesetzt werden.

Auch die Räumlichkeiten und die Ausstattung müssen Inklusion ermöglichen und dürfen nicht als „Ausrede“ für die Ablehnung eines Kindes herangezogen werden. Jedes Kind soll eine Kinderkrippe beziehungsweise einen Kindergarten besuchen können, unabhängig von körperlichen, kognitiven, psychischen oder anderen Behinderungen.

Die besten Pädagog:innen

Unser Ziel ist es, die geeignetsten, motiviertesten und bestausgebildeten Menschen für den Pädagog:innenberuf zu gewinnen. Ihr Engagement, ihr Können und ihre Begeisterungsfähigkeit haben eine direkte Auswirkung auf das Klima und den Lernerfolg der Kinder. Vor allem die Pädagog:innen selbst sind der Schlüssel zum Bildungserfolg der Kinder, neben den anderen Kindern und dem räumlichen Angebot.

Um diesem Anspruch Rechnung zu tragen, müssen Aufnahmeverfahren für ein pädagogisches Studium so ausgestaltet sein, dass die Motivation und die Eignung für diesen Beruf zentrale Kriterien sind. International hat sich gezeigt, dass es aufgrund strengerer Zugangsverfahren und einer leistungsgerechten Bezahlung zur Aufwertung des Berufs gekommen ist. Berufe im Bildungsbereich müssen gut bezahlt werden, denn sie arbeiten mit unserer wichtigsten Zukunftsaktie – den Kindern. Damit kann der Pädagog:innenberuf auch für Quereinsteiger:innen, insbesondere anderer sozialer und pädagogischer Professionen, attraktive und qualitätsvolle Perspektiven eröffnen.

Die Zuständigkeit für das Personal in den elementarpädagogischen Bildungseinrichtungen sowie für den Qualitätsrahmen und das pädagogische Programm soll bei der Bildungsdirektion verankert werden. Kindergarten und Schule

¹ Vgl. TKKG §2 Z16&17.

müssen als gleichwertige Bildungseinrichtungen betrachtet werden, was auch die Personalhoheit und deren (gleiche) Bezahlung durch die Bildungsdirektion beziehungsweise das Land miteinschließt.

Eine Anhebung der Einkommen bewirkt eine zusätzliche Attraktivierung. Diese sollte, ähnlich wie bei den Lehrpersonen, in einer möglichst bundesweit einheitlichen Regelung erfolgen.

Weiterentwicklung der Pädagog:innenbildung

Für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Platz im Kindergarten sowie wirklich ganztägige und ganzjährige Öffnungszeiten fehlt es primär an gut ausgebildetem Personal. Hier muss eine vorausschauende Personalplanung, gesteuert durch die Bildungsdirektion, erfolgen. Schon heute muss durch das Anwerben von älteren Quereinsteiger:innen und aus dem Job Ausgestiegenen alles unternommen werden, um etwaige zukünftige Pensionierungswellen, wie sie gerade ins Haus stehen, abzufangen.

Weiters ist es notwendig, dass alle Elementarpädagog:innen und Assistent:innen eine umfangreiche Ausbildung im Bereich der Inklusion erhalten. Nur wer weiß, wie er mit speziellen Situationen umzugehen hat, wird in der Lage sein, Inklusion so zu leben, wie sie laut UN-Behindertenrechtskonvention festgelegt ist.

Männer gewinnen und späteren Einstieg ermöglichen

Wir wollen auch mehr Männer für pädagogische Berufe gewinnen. Sie sind im elementarpädagogischen Bereich unterrepräsentiert, aber enorm wichtig für das Aufwachsen aller Kinder. Außerdem wirkt sich ein erhöhter Männeranteil positiv auf die durchschnittliche Bezahlung in dieser Branche aus.

Um einen späteren Einstieg in einen pädagogischen Beruf zu erleichtern, müssen Angebote für eine berufsbegleitende Ausbildung ausgebaut werden, damit möglichst viele, die an einem pädagogischen zweiten Bildungsweg interessiert sind, diesen Schritt existenziell abgesichert gehen können.

Multiprofessionelle Teams

Um Benachteiligungen möglichst früh auszugleichen, ist die Arbeit in interdisziplinären Teams in der elementaren Bildung ein wichtiger Schritt der Weiterentwicklung. Die professionelle Mitarbeit von sozialpädagogischem Personal sowie die professionelle Kooperation mit Kinder-Sozialarbeit, Logopädie, Ergotherapie, Verwaltungsassistent:in, Medizin, Psychologie und Institutionen wie Kinderschutzzentren fördern Kinder jeglicher Herkunft.

Zusätzlich können auftretende Probleme sowohl in der individuellen Entwicklung als auch im sozialen Umfeld früh erkannt und entsprechende Lösungsansätze erarbeitet werden. Jeder in diesem frühen Entwicklungsstadium eingesetzte Euro kann teure Investitionen in späteren Jahren verhindern helfen, was sich nicht nur positiv auf die persönlichen Lebensbiographien auswirkt, sondern auch volkswirtschaftlich vernünftig ist.

Der Raum als dritter Pädagoge

Natürlich sind die Pädagog:innen und andere Personen aus multiprofessionellen Teams, gemeinsam mit den Kindern, die tragenden Säulen für das Gelingen einer guten elementarpädagogischen Bildung. Die Räumlichkeiten, in denen diese stattfindet, hat allerdings einen ebenso großen Effekt auf die Kinder und die Möglichkeiten der Gestaltung des täglichen Ablaufs.

Die bestehenden Kinderkrippen und Kindergärten müssen bestmöglich saniert, adaptiert beziehungsweise erweitert werden, um einerseits dem offenen Konzept gerecht zu werden, bei dem die Kinder sich im gesamten Haus, in einzelnen Themenräumen (Malen, Bauen, Basteln, Verkleiden etc.), bewegen können, und um andererseits einen ganztägigen Aufenthalt für alle die Bildungseinrichtung besuchenden Kinder zu ermöglichen (Mittagstischbereich). Es muss jedenfalls darauf geachtet werden, dass zusätzlich die Barrierefreiheit für eine gelingende Inklusion hergestellt wird. Hierbei muss weit über die Mobilitätseinschränkung hinausgedacht werden.

Die erste Bildungseinrichtung

Um den eigenständigen Bildungsauftrag der elementaren Bildung zu fördern, ist die gesellschaftliche und politische institutionelle Gleichstellung der Elementarpädagogik mit anderen Bildungseinrichtungen zu erreichen. Elementare Bildung ist weder eine Betreuungsaufgabe noch erschöpft sie sich in „familienergänzenden“ oder schulvorbereitenden Agenden.

Alle Kinder haben das Recht auf einen Kinderbildungs- und -betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag. Ein flächendeckendes Angebot ganztägiger und ganzjähriger Kinderbildungseinrichtungen im Elementarbereich ist ein zentrales Ziel. So wie jedes Kind einen kostenlosen Schulplatz bekommt, muss auch jedes Kind einen Kinderkrippen- oder Kindergartenplatz kostenlos erhalten. Wir stehen für ganztags – ganztätig – gratis!

Der Kindergarten muss also bei der Bevölkerung als erste Bildungseinrichtung positioniert werden. Daher braucht es einen altersgerecht aufbauenden pädagogischen Qualitätsrahmen, um Kreativität, Neugier, Sprache, Motorik, soziale Kompetenzen etc. entsprechend zu entwickeln und den Einstieg in die Volksschule folglich zu erleichtern.

Den Entwicklungsunterschieden der Kinder kann nur durch Individualisierung entsprochen werden. Dafür benötigt es kleinere Lerngruppen und mehr pädagogisches Personal. Unterschiedliche soziale und kognitive Voraussetzungen können am besten in dieser Phase der kindlichen Entwicklung ausgeglichen werden.

Dafür müssen mehr Ressourcen für den Elementarbereich zur Verfügung gestellt werden – sowohl finanziell als auch personell. Die besten Pädagog:innen, in den besten Räumlichkeiten für die beste Bildung und Entwicklung aller Kinder.

SCHULE NEU DENKEN

Für die SPÖ ist nicht das Beschaffen und bloße Vermitteln von (Fach-)Wissen, sondern das Erkennen und Einordnen von Wissen Leitprinzip. Somit bedarf es einer grundlegenden Neugestaltung des Lern- und Lebensraums Schule. Es reicht nicht mehr aus, an kleinen Schrauben zu drehen und die ständigen Mini-Reförmchen als großen Wurf zu verkaufen. Das Schulsystem muss von Grund auf verändert und wieder wettbewerbsfähig werden, in dem Sinne, dass unsere Kinder und Jugendlichen gerne in die Schule gehen, dafür brennen Neues zu lernen, sich gut auf ihre Zukunft vorbereitet fühlen und die Lust sowie Motivation am lebenslangen Lernen ins Erwachsenenleben mitnehmen.

Dass das möglich ist, zeigen uns die skandinavischen Länder seit Jahrzehnten vor – wir müssen also das Rad nicht neu erfinden, sondern nur an unsere Gegebenheiten anpassen.

Schüler:innen sind individuell

Den Entwicklungsunterschieden der Kinder und Jugendlichen kann nur durch Individualisierung entsprochen werden. Dafür benötigt es kleinere Lerngruppen und mehr pädagogisches Personal (Team-Teaching etc.). Unterschiedliche soziale Voraussetzungen und pandemiebedingte Versäumnisse können nur in dieser Phase der Entwicklung aufgeholt werden.

Deswegen benötigt es in einem ersten Schritt höhere Stundenkontingente in der Grundstufe 1 der Volksschule, um Team-Teaching zumindest in Deutsch und Mathematik zu ermöglichen und um der sich immer weiter öffnenden Entwicklungsschere entgegenzuwirken. Dadurch kann auch die Leistungsfähigkeit der Volksschule – die bislang einzige gemeinsame Schule – exemplarisch verstärkt werden.

In einem weiteren Schritt sind die Stundenkontingente so auszubauen, dass die Schüler:innen entsprechend ihrer Stärken gefordert und wo nötig gefördert werden können. Kein Kind ist in allen Fächern stark oder schwach – hier

muss mehr auf die Fächer fokussiert werden, die das Interesse, die Neugier und die Freude bei Kindern hervorrufen – wir müssen weg von der Defizitschule.

Neue Wege des Lernens

Wenn wir alle Kinder bestmöglich vorbereiten wollen, müssen wir Lernen in der Schule weitgehend von dem befreien, was Lernen behindert: Langeweile, Lärm, frühes Aufstehen, Störungen, Warten bis alle etwas verstanden haben, Fächer im Stundentakt ... Wenn wir all diesen pädagogischen Schutt wegkehren, setzt das ungeheure Kräfte frei. Die in jedem Kind vorhandene Neugier kann sich, begleitet von kundigen Lehrenden, frei entfalten.

Wir wollen den „Lehrstoff“ aller Schulen einer kritischen Prüfung unterziehen, um herauszufinden, was fehlt und worauf künftig verzichtet werden kann. Ziel ist es, einen Katalog mit grundlegenden Kompetenzen zu erstellen, über die Jugendliche nach Ende der Schulpflicht verfügen sollten. Dieser soll auch die Fähigkeit beinhalten, Wissen selbstständig oder in Gruppen zu erwerben – sei es vor Ort, digital oder von zu Hause aus.

Wir wollen die bisherige Schulklasse als Ort der Vermittlung durch eine Kombination aus gemeinschaftlichem Lernen in der Klasse, in Gruppen und Einzelarbeit, in der Schule oder zu Hause unter Nutzung der analogen und digitalen Möglichkeiten ablösen. Der von Pädagog:innen betreute Lernort ist nicht mehr allein die Schule. Sie bekommt aber als Haus des Lernens und Lebens eine neue Funktion.

Dem Raum als dritten Pädagogen soll hier Bedeutung beigemessen werden. So wie jedes Kind einen anderen Zugang zum Lernen hat, benötigt es auch unterschiedliche Rahmenbedingungen, um erfolgreich zu sein. Neben den „klassischen“ Räumen, wie Klassenzimmer, Physik- oder Chemiesaal etc., soll es auch „Ruheräume“ geben, die als Lernräume fungieren, also mit Schreibtischen inklusive entsprechender Ausstattung (Wlan etc.), aber auch mit angenehmen Sitzmöglichkeiten oder Liegen für ein kurzes Ruhen ausgestattet sind. Hierbei gilt es auch Räume (Sitzecken) für soziale Kontakte und Austausch zu schaffen. Dazu gehört auch ein eigenständiger Speisesaal, in dem gemeinsam gegessen werden kann. Flächen für ein freies und ungezwungenes Bewegungsprogramm runden das räumliche Portfolio der gemeinsamen, verschränkt geführten Ganztageschule ab.

In der Schule finden Kinder und Jugendliche alles, was Kindheit und Jugend ausmacht: andere Kinder verschiedener Altersstufen für soziales und für interkulturelles Lernen. Menschen, die eine Lernstruktur und deren Inhalte und Vermittlungsmöglichkeiten kennen. Damit möglichst alle Kinder das erste große Ziel erreichen, nämlich mit 14 oder 15 Jahren alle Grundkenntnisse zu besitzen oder auch deutlich mehr. Das Ziel ist es, dass jedes Kind als Individuum seinen Bildungsweg geht und die Pädagog:innen wissen, wo sich das Kind in etwa befindet und was zu tun ist, damit am Ende ein gutes Ergebnis erzielt wird.

Grundkompetenzen stärken

Rechnen, Schreiben, Lesen, aber auch soziale und digitale Kompetenzen sind für alle Kinder wichtig. Deshalb müssen alle Schulstandorte im Rahmen der auszubauenden Autonomie größten Wert darauf legen, optimale Förderkonzepte zu entwickeln und konsequent umzusetzen. Die evidenzbasierte Zusammenarbeit von Schulqualitätsmanagement und Pädagogischen Hochschulen trägt dazu bei, dass die Kinder an allen Schulen, auch an jenen mit hohen sozialen Herausforderungen, ihre Potentiale voll entfalten können und die Bildungsziele erreichen.

Auflösung des Fächerkanons

Das österreichische Schulsystem ist geprägt von einer Wissensvermittlung in starr voneinander abgegrenzten Fächern. Viel mehr als reines Wissen wird in Zukunft aber die Fähigkeit gefragt sein, vernetzt zu denken, kritisch zu hinterfragen und Lösungen abseits vorgegebener Pfade zu finden. Um solche Kompetenzen vermitteln zu können, muss sich die Schule vom klassischen Fächerkanon verabschieden.

Moderner Unterricht orientiert sich an lebensnahen Themenfeldern, um den Umgang mit komplexen Fragestellungen, der Organisation der Wissensbeschaffung und der Bewertung von Inhalten zu trainieren. Im Rahmen schulautonomer Entscheidungen können Problemstellungen (beispielsweise Klimawandel, Nachhaltigkeit etc.) selbst definiert werden. Das erfordert eine enge Abstimmung zwischen den Lehrkräften, eine neue Herangehensweise an die Vermittlung von Inhalten, Unterrichten beziehungsweise Begleitung im Teamteaching und strukturiertes Projektmanagement. Fächer wie „Verantwortung“ oder „Herausforderung“ zeigen neue Möglichkeiten auf, Eigenverantwortung und Selbstwirksamkeit zu unterstützen. Grundvoraussetzung dafür ist die Flexibilisierung der Stundentafel.

Ethik für Alle

Je rasanter sich eine Gesellschaft im globalen Kontext verändert, desto wichtiger ist es, Orientierung zu finden. Fragen zu Weltanschauungen, Grundwerten, Menschenrechten und unterschiedlichen gesellschaftlichen Normsetzungen erfordern die Fähigkeit zu differenzierten, individuellen Beurteilungen und eigenverantwortlichem, prinzipiengeleitetem Handeln.

Der Ethikunterricht für alle bietet einen Rahmen für eine qualifizierte Auseinandersetzung und ist auch ein Beitrag zur politischen Bildung und Entwicklung einer soliden Werthaltung. Schule ist der geeignete Raum, um die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragen in einem geordneten Umfeld zu führen. Das Erleben von sozialer Verantwortung, gesellschaftlichem Zusammenhalt und von zivilgesellschaftlichen Initiativen ist zu stärken. Ethik soll ab der Primarstufe verpflichtend eine Ergänzung des Unterrichts für alle Schüler:innen werden. Der Religionsunterricht bleibt als Wahlfach von der Primarstufe bis hin zur Reifeprüfung in allen Schulformen erhalten. Gleichzeitig wird die Kontrolle über die Zielgestaltung der Lehrpläne und Umsetzung im Unterricht für alle Glaubensgemeinschaften von der Schulaufsicht kontrolliert.

Politische Bildung

Zur Vorbereitung junger Menschen auf ihre gesellschaftliche Verantwortung und ihre Teilnahme am politischen Leben sowie zur Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten als Fundamente der österreichischen Gesellschaft bedarf es der umfassenden politischen Bildung an den Schulen. Deshalb ist Politische Bildung für alle Schüler:innen der Sekundarstufe I und II ein verpflichtender Teil des Unterrichts.

Die Förderung von Projekten im Bereich politische Bildung, Beratung bei Konzeption und Durchführung von Workshops sowie thematische Informationsschwerpunkte im Unterricht müssen von der Bildungsdirektion forciert und finanziell unterstützt werden. Zudem soll vermehrt auf digitale Möglichkeiten zurückgegriffen werden, wie zum Beispiel die Gestaltung von Hybrid-Workshops. Einrichtungen wie die Demokratiewerkstatt müssen bekannter gemacht sowie stärker genützt und unterstützt werden.

Um politische Prozesse kennenzulernen, braucht es Formate wie Schüler:innenparlamente, die von den Schulen zu organisieren sind und auch Gestaltungs- und Mitsprachemöglichkeiten eröffnen. So kann politische Praxis geübt werden.

Zeitgemäße Abläufe

Es wird Zeit, die Erkenntnisse der Gehirnforschung im Schulalltag umzusetzen. Die enge Verbindung von Interesse, Freude und Merken, die Rücksichtnahme auf Zeiten des Erlernens und Zeiten des Speicherns im Gehirn und das Vermeiden von Blockaden. Wie das geht? In einer Kombination aus Unterricht in gewohntem Sinn, eigenständigem Wissenserwerb und Regenerationsphasen.

Kinder sollen lernen, allein oder in Gruppen unterschiedlicher Größe zu arbeiten, und verwenden dazu jeweils die geeignetsten Methoden: Informationen durch die Lehrperson und aus Büchern, Medien und aus dem Internet. Entscheidend sind eine Systematik des Wissens über die Welt und Menschen sowie eine Kombination aus den Informati-

onen, die im eigenen Hirn gespeichert werden müssen, und jenen, die jederzeit gesichert mithilfe der Informationstechnik beschafft werden können. Das geeignete Instrument dafür besitzen nahezu alle Kinder, ein Smartphone oder Tablet, und falls nicht, muss ihnen dieses bereitgestellt werden.

Damit das vermittelte Wissen aber auch zu dem wird, was wir Bildung nennen, braucht es die Einbettung in das soziale und gesellschaftliche Leben. Und mehr denn je auch Zeit für Musik, Kreativität, Sport, Kommunikation, Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes – in diesem Fall des Schullebens. Je nach Alter können Kinder sehr viel dazu beitragen, ihr Haus der Bildung gemeinsam mit ihren Lehrer:innen zu gestalten. Dass sich auch die Eltern einbringen können, ist selbstverständlich.

Sie alle gestalten ihre Schulzeit, die sich sehr flexibel in eine Kern- und eine Rahmenzeit gliedert, mit Lernen, Diskutieren, Musizieren, Kochen, Essen, Sporteln, Theater spielen, Einkaufen, Aufräumen und vielleicht einem Nickerchen für die Kleinen. Und sie lernen natürlich, mit anderen Kindern zusammen zu leben und zu arbeiten, die etwas anders sind, eine Beeinträchtigung oder eben besondere Bedürfnisse haben.

Alle Kinder mitzunehmen und entsprechend ihren Fähigkeiten zu fördern, muss oberster Grundsatz bleiben. Das heißt auch für die Lehrer:innen, dass ihre Arbeit wesentlich freier organisiert werden soll. Und dass es nicht mehr einer „Zentralmatura“ oder „Schularbeit“ bedarf, um festzustellen, was eine Schülerin/ein Schüler tatsächlich gelernt hat.

Kinder und Jugendliche mit Problemlagen

Kinder und Jugendliche in psychischer, sozialer oder emotionaler Notlage sollen an den Schulen frühzeitig von multiprofessionellen Teams mit Personen aus unterschiedlichen Fachbereichen (Lehrer:innen, Beratungslehrer:innen, Sozialarbeiter:innen etc.) begleitet werden. Die erforderlichen Ressourcen kommen nach dem Modell des AK-Chancenindex zum Einsatz. Je früher die Probleme erkannt und zielgerichtet bearbeitet werden können, umso erfolgreicher und ressourcenschonender werden diese einer Lösung zugeführt. Je älter die Kinder beziehungsweise Jugendlichen zum Zeitpunkt des Erkennens der Problemlage sind, desto schwieriger und zeitintensiver sind Begleitung und teilweise auch Behandlung.

Einbindung von Sozialarbeiter:innen

Das Dreieck der Schulpartnerschaft Eltern-Lehrer:innen-Schüler:innen soll auf ein Viereck – mit Sozialpädagog:innen – umgestellt werden. Diese sind Teil der multiprofessionellen Teams an Schulen, die die Entwicklung der Schüler:innen begleiten. Vor allem in Gemeinden und Bezirken mit einem hohen Ausmaß an Migration und sozialer Benachteiligung ist eine entsprechende Begleitung durch Expert:innen unerlässlich.

Elternarbeit

Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Erziehungsberechtigten ist von zentraler Bedeutung. Daher muss in der Pädagog:innenbildung darauf Bezug genommen werden. Die Vielfalt in unserer Gesellschaft hat auch die Schulen verändert. Aufgrund der Diversität inklusive unterschiedlicher Sprachen und Kulturen in den Bildungseinrichtungen bedarf es eines umfassenden Elternbildungsangebots, einer mehrsprachigen Sozialarbeit und einer nicht segregierenden Sprachförderung.

Die Basis dafür ist eine entsprechende Vorbereitung der Lehrpersonen in der Ausbildung sowie laufende Supervision und Begleitung im Schulalltag.

Bildungs- und Berufsorientierung

Jugendlichen fällt die Planung der eigenen Bildungs- und Berufslaufbahn zunehmend schwerer. Um sie bei ihren Überlegungen gezielt zu unterstützen, muss eine für alle Schüler:innen verpflichtende Bildungs- und Berufsorientierung in der Sekundarstufe I und (erneut) in der Sekundarstufe II eingeführt werden.

Ab der 5. Schulstufe soll dem Thema Berufsbildung zumindest eine Woche pro Schuljahr fächerübergreifend gewidmet werden. Das gewährleistet Raum und Zeit, um sich frühzeitig mit unterschiedlichen Berufsbildern, Ausbildungen und den persönlichen Interessen und Talenten auseinanderzusetzen. Kooperationen mit externen Plattformen und Institutionen sowie mit Akteur:innen aus der beruflichen Praxis, die eine inhaltliche Breite vermitteln können, sind anzustreben.

Für jedes Kind wird von „Perspektiven-Coaches“ ein individueller Perspektivenplan erstellt, der die weiteren Möglichkeiten aufzeigt. Dies soll eine wichtige Unterstützung für alle Kinder und Jugendlichen sein, begleitet allerdings insbesondere diejenigen mit Förderbedarf.

Weiterentwicklung der standardisierten Reifeprüfung

Die standardisierte Reifeprüfung wurde mit dem Ziel der Überprüfung von Grundkompetenzen für die allgemeine Hochschulreife eingeführt. Es geht um Fairness, Vergleichbarkeit, Transparenz und Objektivität, abgestimmt auf den jeweiligen Schultyp in ganz Österreich. Die Sozialdemokratie steht hinter dem Grundgedanken der standardisierten Reifeprüfung, allerdings muss eine laufende Evaluierung erfolgen und gegebenenfalls nachjustiert werden.

Punktuellen Leistungsfeststellungen können von der Tagesverfassung der Schüler:innen abhängig sein. Wir präferieren daher ein Modell, das die Leistungen aus den vorhergehenden Unterrichtsjahren miteinbezieht, im Sinne einer verhältnismäßigen Gewichtung.

Um den Fairness-Gedanken zu stärken, soll – wie in anderen Ländern auch – die Benotung der schriftlichen Leistungsfeststellung schulextern erfolgen.

Schüler:innenvertretung

Schüler:innen sollen ihre Vertretung über eine Direktwahl auf allen Ebenen wählen können und diese Vertretungen sollen gestärkt werden. Dies würde nicht nur das Demokratieverständnis der Schüler:innen stärken, sondern auch die politische Bildung interessanter und greifbarer machen.

Schüler:innen kommen so früh mit Mitbestimmung in Kontakt und können diese Erfahrung bei allgemeinen Wahlen anwenden. Die Direktwahl der Landesschüler:innen- und Bundesschüler:innenvertretung (LSV/BSV) würde so den Grundstein für viele neue Wähler:innen legen, da der Wert der eigenen Stimme erkannt und geschätzt wird.

Gemeinsame Schule

Während der gesamten Kindheit müssen Eltern Bildungswegentscheidungen mit weitreichenden Folgen treffen. Beginnend mit der Auswahl des Kindergartens und der Schule erfolgt die prägendste Bildungswegentscheidung im österreichischen Bildungssystem im Alter von zehn Jahren. Diese frühe Bildungswegentscheidung wird sowohl von der nationalen Bildungsforschung als auch in internationalen Studien regelmäßig kritisiert, da Österreich eines der wenigen Länder ist, in dem diese frühe Segregation erfolgt. Das setzt Lehrer:innen, Eltern und Kinder unter unnötigen Druck. Wer wo warum welche Schulart besucht, hängt stark vom Elternhaus und der regionalen Schulinfrastruktur ab. Die Überlappung der Kompetenzprofile von MS- und AHS-Schüler:innen sind weitreichend, daher wäre die Zusammenführung zur gemeinsamen Schule in einem gut begleiteten Schulentwicklungsprozess leicht möglich.

Die jüngsten Ergebnisse der Überprüfung der Bildungsstandards und PISA-Auswertungen zeigen klar, dass es nach wie vor den starken Zusammenhang zwischen dem Bildungshintergrund der Eltern und den Schulleistungen der Kinder gibt. Bildung wird in Österreich vererbt.

Die Sozialdemokratie bekennt sich weiterhin zur gemeinsamen Schule in der Primarstufe und Sekundarstufe I, die alle Kinder zwischen 6 und 14 Jahren besuchen.

Innerhalb der gemeinsamen Schule braucht es Methoden der Binnendifferenzierung, um entlang der Potentiale der Kinder optimal fördern zu können. Diese Differenzierung ist variabel und durchlässig entlang von Kleingruppen zu organisieren. Ausreichende Ressourcen müssen dafür zur Verfügung gestellt werden.

Starre Leistungsgruppen sind kein Garant für erhöhten Lernerfolg und werden abgelehnt. Sie stehen der Chancengleichheit entgegen und ermöglichen keine Durchlässigkeit, da unterschiedliche Stoffgebiete vermittelt werden. Kinder erhalten nicht die Chance, sich an Inhalten zu beweisen, die von anderen Leistungsgruppen behandelt werden. Ein Wechsel zwischen den Leistungsgruppen ist daher beinahe unmöglich.

In der Sekundarstufe II bekennen wir uns zum differenzierten und in Österreich breit verankerten schulischen Angebot.

Ganztagsschule mit verschränktem Unterricht – flächendeckend und kostenlos

Ganztägige Schulen sind ein Garant für einen kindgerechten Schulalltag und leisten einen wichtigen Beitrag zu mehr Bildungsqualität und Chancengerechtigkeit. Sie unterstützen zudem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die SPÖ steht klar hinter der Ausweitung des Angebots an Ganztagschulen, in denen sich Lernen, Üben und Spielen in einer kindgerechten Abfolge ergänzen. Andere Länder zeigen seit Jahrzehnten vor, wie eine Schule dieses Typs erfolgreich funktioniert. Für die Umsetzung in Österreich bedarf es daher eines zu erarbeitenden konkreten Zeitplans.

Der Zugang zu ganztägigen Schulen für alle Schüler:innen ist allerdings auch eine Frage der Leistbarkeit. Deshalb darf es keine Beiträge für Essen oder Freizeitgestaltung geben. Auch Kinder und Jugendliche mit finanziell schwächer gestelltem familiären Hintergrund sollen somit die Garantie auf einen ganztägig geführten Schulplatz haben. Das Einkommen der Eltern darf keine Rolle spielen.

Die Bildungsforschung zeigt, dass Schüler:innen aus Ländern mit flächendeckend ganztägig geführten Schulen bessere Leistungen in Testungen erbringen. Auch ist der Bedarf an Nachhilfeunterricht – gerade in Österreich ein großes Thema – aufgrund der schulischen Fördermöglichkeiten gering.

Die Einführung der täglichen Bewegungseinheit ab der Primarstufe in ganz Österreich muss weiter forciert werden und findet in der ganztägigen Schule infolge der Freigabe der Stundentafeln im Rahmen der Schulautonomie leicht Platz. Gleichmaßen werden die Vorteile gesunder Ernährung bei Schulbuffets und Kantinen vorgelebt. Diese wichtigen Maßnahmen im Sinne der Gesunden Schulen haben nicht nur positive Auswirkungen auf die motorischen Fähigkeiten von Kindern, sondern wirken sich langfristig positiv auf die Gesundheit der Bevölkerung aus.

Selbst wenn die Eltern künftig mehr Zeit zu Hause verbringen sollten (Homeoffice, Entschleunigung), wird es für die Kinder besser sein, wenn sie den Großteil des Tages gemeinsam mit anderen Kindern und mit pädagogisch geschultem Personal verbringen. Das heißt, das Kind hat seine Schule in der Nähe seiner Wohnung und kann sich an diesem Ort in der Zeit von halb acht morgens bis halb sechs abends aufhalten. Es muss aber nicht.

Schulautonome Handlungsspielräume

Lehrer:innen mit ihrer pädagogischen Ausbildung brauchen Vertrauen in ihre Kompetenz. Schulautonome Handlungsspielräume in der Leistungsbeurteilung, Sprachförderung und Organisation des Schultages sowie bei den Differenzierungsmaßnahmen und Mitteilungspflichten sind schulrechtlich zu ermöglichen, damit Schulen den individuellen Bedürfnissen ihrer Schulpartner:innen – auch bei gesellschaftlichen Krisensituationen – entsprechen können. Die Schulleitung muss wieder eine Funktion werden, für die sich ausgezeichnete Lehrkräfte aufgrund ihrer pädagogischen Kompetenzen interessieren, während die Verwaltungsaufgaben durch dafür ausgebildetes Personal effizienter wahrgenommen werden.

Autonomie braucht Entscheidungsgewalt. Deswegen wollen wir Veränderungen im Schulrecht und Vertrauen in die Schulpartner:innen. Wir stehen für Wertschätzung der pädagogischen Berufe und eine Neudefinition der Rollen der

Leitung, des mittleren Managements und der Lehrer:innen für unsere unterschiedlich organisierten Schularten mit dem Ziel, die Pädagogik ins Zentrum bildungspolitischer Reformen zu setzen.

Flexibilität und Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schularten soll selbstverständlich und auch praktiziert werden.

Schulleitungen stärken und unterstützen

Im Rahmen der Schulautonomie haben Schulleiter:innen größere Flexibilität zur Gestaltung von Schul-Schwerpunkten und der Zusammensetzung des Lehrkörpers erhalten. Der Direktor/die Direktorin hat die Dienststellenleitung und daher die Möglichkeit, sich das am besten geeignete Team für den jeweiligen Schulstandort zusammenzustellen. Leistungsanreize, nach Kriterien gestaltet wie beispielsweise die Anstellung an einer Schule mit besonderen Herausforderungen, sind ein nächster Schritt.

Die Rolle der Schulleitung ist für die Schulentwicklung von immenser Bedeutung. Sie entwickelt sich zur Managementfunktion mit pädagogischer, personeller und finanzieller Autonomie. Die Personalentwicklung des pädagogischen Teams und die Überprüfung und Weiterentwicklung der Qualität des schulspezifischen Lehrangebots werden zentrale Aufgaben der jeweiligen Schulleitung. In großen Schulstandorten wird zur administrativen Unterstützung ein mittleres Management installiert. Aber auch ein duales Führungskonzept mit einer eigenen pädagogischen und administrativen Leitung kann eine neue Form des Schulmanagements sein, welche die jeweiligen Stärken der im Schulleitungsbereich Tätigen nützt.

BERUFSBILDUNG – LEHRE WERTSCHÄTZEN

Die österreichische Berufsbildung ist Weltspitze. Viele andere Länder orientieren ihre Reformen der Berufsbildung am österreichischen Modell. Österreich braucht auch in Zukunft bestens ausgebildete Facharbeiter:innen, damit unsere Wirtschaft weiter konkurrenzfähig bleibt.

Für die Sozialdemokratie stehen zwei Zielsetzungen im Vordergrund.

Erstens: um innovativ zu bleiben, muss sich die Berufsbildung den Herausforderungen zukünftiger Arbeitsmärkte stellen und offensiv und selbstbewusst weiterentwickeln. Besonders im Bereich der Digitalisierung müssen unsere Auszubildenden optimal vorbereitet werden. Außerdem gibt es mit den Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen ein weiteres gut etabliertes Berufsausbildungsmodell, das es zu stärken gilt und das besser verzahnt mit der Lehrausbildung zu denken ist. Wir setzen uns daher für eine Weiterentwicklung und Modernisierung der Lehre und der Berufsbildenden Schulen ein.

Und zweitens darf die Imageverbesserung der Lehre nicht nur eine leere Worthülse sein. Denn die Lehre kämpft gegen einen wirkmächtigen Bildungsbegriff an, der sich lange nur an der Akademisierung der Gesellschaft orientiert hat. Ein Uniabschluss gilt in der öffentlichen Wahrnehmung gemessen am Gehaltszettel, den Karrieremöglichkeiten und den Wünschen von Eltern für ihre Kinder im Vergleich zum Lehrabschluss oft als überlegen. Dieses Ungleichgewicht wollen wir mit konkreten Maßnahmen beheben.

Weiters muss die Durchlässigkeit in weitere Bildungswege auch im Rahmen der Berufsausbildung gewährleistet werden.

Schulpflicht an Bildungsziele knüpfen

Für Schüler:innen, die im derzeitigen Schulsystem nur mäßig bis wenig erfolgreich sind, verkommt die Schulpflicht in manchen Fällen zu einem frustrierenden Absitzen der verbleibenden Zeit. Das ist weder für die Schüler:innen motivierend, noch für jede weitere Berufsentscheidung sinnvoll. Wenn schulische Grundkompetenzen zu Beginn eines

Lehrberufs nicht vorhanden sind, ist das nicht nur für eine Anstellung, sondern auch für einen erfolgreichen Abschluss hinderlich.

Deshalb wollen wir die Erfüllung der Schulpflicht an Bildungsziele knüpfen: Die Schulpflicht endet in Zukunft nicht mehr mit neun Jahren Schulbesuch, sondern mit einem positiven Abschluss der 8. Schulstufe sowie einem mindestens einjährigen Besuch eines Berufskollegs (s.u.).

Wiederholungen sind so lange möglich, bis dieses Bildungsziel geschafft ist (die Pflicht endet allerdings automatisch mit dem 18. Lebensjahr). Parallel dazu greift weiterhin die Ausbildungspflicht bis 18 Jahre sowie die Ausbildungsgarantie bis 25 Jahre: jede:r Jugendliche in Österreich soll über einen über den Pflichtschulabschluss hinausgehenden Bildungsabschluss verfügen.

Mehr Flexibilität für Bildungswegentscheidungen

Berufsentscheidungen werden heutzutage nicht mehr lebenslang getroffen. Wir wollen daher das Berufsbildungssystem durchlässiger gestalten und gleichzeitig sicherstellen, dass jede Schülerin und jeder Schüler auch für jede weitere Bildungswegentscheidung das nötige Rüstzeug hat.

Damit die Absolvierung der 9. Schulstufe einen Mehrwert für die Jugendlichen bringt und keinem „verlorenen Bildungsjahr“ gleichkommt, wollen wir daher die Polytechnischen Schulen und Berufsbildenden Mittleren Schulen zusammenführen und in sogenannte Berufskollegs umwandeln. Damit führen wir das Schulsystem ein Stück weiter an derzeit ohnehin schon teilweise reale Bildungsverläufe heran.

Die häufigste Vorbildung (zuletzt besuchte Schule) der Berufsschüler:innen ist zwar mit 32,7% der Besuch einer Polytechnischen Schule, ein immer größerer Teil kommt allerdings von einer BMS (15%) beziehungsweise BHS (11,5%). Fast 14% wechseln direkt von der MS beziehungsweise Hauptschule in eine Lehre.

Das erste Jahr des Berufskollegs ist für alle verpflichtend zu absolvieren (als Ersatz für das einjährige Polytechnikum). Dieses erste Jahr stellt vor allem ein berufliches Orientierungsjahr dar und fokussiert stark auf Allgemeinbildung. Danach steht den Jugendlichen frei, entweder gleich eine Lehre zu beginnen oder das Berufskolleg zu beenden. Ab dem zweiten Jahr haben die Schüler:innen die Möglichkeit, sich zu spezialisieren.

Mut für Neues: Modularisierung

Derzeit gibt es 198 verschiedene Lehrberufe mit teilweise zu engem Berufsprofil und sehr spezifischen Ausbildungsinhalten. Vor dem Hintergrund sich rasch ändernder Berufsbilder und bereits absehbarer zukünftiger Entwicklungen am Arbeitsmarkt braucht es eine bessere Bündelung der Lehrberufe. Denn zu enge Ausbildungen schränken die berufliche Mobilität der jungen Menschen am Arbeitsmarkt ein. Es braucht zukunftsorientierte, qualitativ hochwertige Berufsbilder, die junge Menschen auch bei sich ändernden Berufsbildern nachhaltige Arbeitsmarktchancen eröffnen (breite Grundbildung und Erstausbildung, dann Spezialisierung und durchlässige und offene Ausbildungswege).

Außerdem wollen wir innovative Projekte nicht nur zulassen, sondern vor allem besser unterstützen. Beispiel Bregenzerwald: 91 Gewerbebetriebe gestalten sich eine neue „Schule“, die neue Werkraumschule Bregenzerwald kombiniert Lehre und Fachschule in einer 5-jährigen Ausbildung, die alle Türen offenlässt und ausreichend Zeit für Spezialisierung gibt. Auch die Umwandlung der BMS zu Berufskollegs soll genau solche Modelle unterstützen und forcieren.

Digitalisierung

Ähnlich wie im Schulbereich braucht es eine entsprechende Ausstattung mit Tablets und WLAN an den Berufsschulstandorten. Bereits jetzt gibt es einen Gap zwischen jenen Betrieben, die wenig digitalisiert sind, und solchen, die Technologien bereits voll nutzen. Solche Unterschiede sollen im Rahmen der Berufsschule bestmöglich kompensiert werden. Gleichzeitig ist zwar mittlerweile vieles automatisiert, damit lernen aber manche Jugendliche nie die

„manuellen“ Tätigkeiten, um Abläufe besser zu verstehen. Auch für das Erlernen manueller Tätigkeiten müssen daher weiterhin Möglichkeiten geschaffen werden. In Anlehnung an das Schweizer Modell sollen Lehrbetriebsverbünde entstehen. Ein Lehrbetriebsverbund (Österreich: Ausbildungsverbund) ist ein Zusammenschluss von mehreren Betrieben, die alleine nicht ausbilden können oder wollen. Die Betriebe ergänzen sich mit ihren Tätigkeiten und gewährleisten so ihren Lernenden eine umfassende Bildung und stellen sicher, dass auch weiterhin manuelle Tätigkeiten, genauso aber auch digitale Kenntnisse und Fähigkeiten gelehrt werden.

Mit mehr Zug zum Tor: Erfolgsquoten steigern

Rund ein Viertel der Lehrlinge schließt derzeit die Ausbildung nicht erfolgreich ab, sei es, weil sie gar nicht zur Lehrabschlussprüfung antreten oder diese nicht erfolgreich absolvieren. Ein Problem liegt in der mangelnden Unterstützung durch die Lehrbetriebe bei der Vorbereitung für die Lehrabschlussprüfung (LAP). Nur 58% der Lehrlinge geben an, bei der Vorbereitung zur LAP vom Lehrbetrieb unterstützt zu werden. Außerdem mangelt es laufend an Feedback zum Erlernten, da erst gegen Ende der Lehre ein Großteil des Stoffes abgeprüft wird.

Daher wollen wir eine regelmäßige Überprüfung der Leistung durch Kompetenztests, die besser auf die Lehrabschlussprüfung, die in Zukunft ebenfalls digitalisiert werden soll, vorbereiten. Auch bessere Berufsorientierung in den Schulen soll dazu beitragen, dass die Quote der Absolvent:innen steigt. Eine Freistellung vom Betrieb für Lerntage, die die Lehrlinge beispielsweise zusätzlich in der Berufsschule oder in anderen Kursmaßnahmen zum Nachholen und Festigen des Lernstoffs nutzen können, würden ebenso helfen, die Abschlussquote zu heben. Ein erfolgreicher Abschluss soll zudem auch prämiert werden.

Qualität der Lehrlingsausbildung im Betrieb steigern

Vor allem in den kleinen Betrieben führt der steigende Kostendruck dazu, dass immer weniger Zeit für Lehrlinge und deren Ausbildung bleibt. Auch die Qualität der Ausbilder:innen variiert. Insbesondere in kleinen Unternehmen besteht wenig belastbares berufspädagogisches Wissen (ist jeder gute Tischler auch ein guter Ausbilder?) verbunden mit wenig Basis für moderne Lehr- und Lernformen (Digitalisierung, selbstgesteuertes Lernen). Eine systematische Qualitätssicherung betrieblicher Ausbildungsqualität besteht – ganz im Unterschied zum restlichen Ausbildungssystem – nicht. Weiterbildungsmaßnahmen für Ausbilder:innen sollen daher nicht Wahl, sondern Pflicht sein.

Die derzeit an Lehrbetriebe ausbezahlte Lehrlingsförderung (sogenannte Basisförderung) soll zudem an Qualitätskriterien geknüpft werden: Ausbildungsplanung und Dokumentation, Beratung im Bereich von Klein- und Mittelbetrieben mit wenig Ausbildungsstruktur, Nachweis eines zertifizierten Qualitätssicherungsmanagements, Anwendung von Ausbildungsleitfäden, Kompetenzchecks etc.

Die volle Förderung soll es erst mit Antritt des Lehrlings bei der Lehrabschlussprüfung geben. Die Lehrlinge selbst und nicht der Betrieb sollen einen Antrag auf Weiterbildungskurse stellen können.

Mehr Anreize zur Schaffung von Lehrplätzen

Über die Einführung eines Lehrlings- und Ausbildungsfonds wollen wir den Rückgang der Anzahl der Lehrbetriebe stoppen: Seit 1998 ist die Zahl der Lehrbetriebe von 40.000 auf 28.000 im Jahr 2017 gesunken. Das ist auch Resultat eines ökonomischen Fehlanreizes: Betriebe bilden immer weniger Fachkräfte aufgrund der erhöhten Kosten aus, die durch Ausbildungsaktivitäten entstehen. Ein Wettbewerbsnachteil (zumindest kurzfristig) gegenüber nicht-ausbildenden Betrieben entsteht. Immerhin haben die nichtausbildenden Betriebe die Möglichkeit, Fachkräfte von ausbildenden Betrieben abzuwerben.

Um dieser Art von „Trittbrettfahren“ entgegen zu wirken, soll in Zukunft die Finanzierung der Lehrausbildung durch Branchenfonds erfolgen. Alle Betriebe sollen in einen Topf einzahlen, aus dem jene, die ausbilden, die Ausbildungskosten erstattet bekommen. Jene, die nicht ausbilden, aber in Zukunft trotzdem von gut aus gebildeten Fachkräften profitieren, leisten damit ihren gerechten Beitrag. Damit finanzieren wir auch unsere überbetrieblichen Lehrwerkstätten.

Überbetriebliche Lehrausbildung

Jugendlichen, die in einer Überbetrieblichen Lehrausbildung – ÜBA sind, fällt es oft schwer eine Lehrstelle zu finden. Bei der Reformierung der ÜBA geht es daher vor allem darum, das Image und die Durchlässigkeit zu den Betrieben zu verbessern. Das soll über verpflichtende und bezahlte Praktika in Betrieben gelingen. Darüber hinaus soll auch die Einführung von Berufskollegs eine gute Alternative sein.

All jene, die keinen Lehrplatz finden, können alternativ auch weiter in die Schule gehen. Das Gute daran: diese Zeit soll je nach später ausgewählter Lehre auch anrechenbar sein.

Gute Arbeitsbedingungen als Anreiz

Darüber hinaus sind Lehrlinge nicht nur in einem Ausbildungsverhältnis, sondern leisten, wie die anderen Kolleg:innen, Arbeit. Sehr oft werden sie allerdings nicht als Arbeitskräfte, sondern primär als Auszubildende wahrgenommen. Allerdings haben auch Lehrlinge mit arbeitsrechtlichen Problemen zu kämpfen.

Eine stärkere Kontrolle und Sanktionierung von verbotenen Überstunden sollen gute Arbeitsbedingungen auch für Lehrlinge sichern. Mit der Novelle des Arbeitszeitgesetzes gilt der 12-Stunden-Tag beziehungsweise die 60-Stunden-Woche auch für Lehrlinge, die über 18 Jahre alt sind. Da gerade Lehrlinge aber neben dem Arbeitstag auch noch lernen sollten, muss diese Gruppe dringend von dem Gesetz ausgeklammert werden.

Außerdem wollen wir sicherstellen, dass Lehrlinge auch fair für ihre Arbeit bezahlt werden: das ist nicht nur Zeichen des Respekts, sondern für viele auch eine Frage des Überlebens. Denn gerade wer eine Lehre erst mit 18 Jahren oder später beginnt, kommt nur schwer mit der Lehrlingsentschädigung über die Runden. Deswegen gilt für uns: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit muss auch in der Lehrausbildung gelten.

Mehr Wertschätzung und bessere Durchlässigkeit

Der Lehrabschluss als Bildungsabschluss ist hinsichtlich Anschlussfähigkeit für weitere Ausbildungen nicht optimal. Zudem sind diese – etwa der Meisterabschluss und viele andere Ausbildungsprogramme im Zuge der Erwachsenenbildung – kostenpflichtig.

Für den Zugang zur Universität wird eine Matura benötigt. Um für mehr Durchlässigkeit zu sorgen, wurde die sogenannte Lehre mit Matura ins Leben gerufen. Das ist allerdings nach wie vor ein Minderheitenprogramm. Im November 2017 nahmen nur etwa 6% am Projekt „Lehre mit Matura“ teil.

Um die Attraktivität dieses Modells zu steigern, wollen wir einen Rechtsanspruch auf Bildungsfreistellung während der Vorbereitungszeit für die Matura.

Gleichzeitig wollen wir aber auch für Absolvent:innen der Lehrabschlussprüfung den Weg zu einem Hochschulabschluss erleichtern. In Studienfächern, bei denen es bereits Zugangsbeschränkungen gibt, soll in Zukunft das Bestehen der Aufnahmeprüfung für den Zugang zum Studium reichen. Auch auf den Fachhochschulen reicht der Lehrabschluss, um sich für einen Studienplatz zu bewerben. Damit ersetzt die Aufnahmeprüfung die Überprüfung der Fähigkeiten und notwendigen Vorkenntnisse für den Zugang zu einem Studium. Für alle Studiengänge ohne Zugangsbeschränkungen bleibt weiterhin der Maturaabschluss oder alternativ die Berufsreifeprüfung Voraussetzung für den Zugang.

Zusätzlich soll die Durchlässigkeit zwischen Schule und Lehre verbessert werden – durch lückenlose Anrechnung der Schulzeiten auf die Lehrausbildung und der Lehrzeiten auf die Schulzeiten. Das eröffnet Lehrlingen und Schüler:innen aus AHS und BMHS flexiblere Bildungs- und Ausbildungswege und Berufskarrieren.

Weiterbeschäftigungszeit verlängern

Wir wollen die Ausdehnung der gesetzlichen Weiterbeschäftigungszeit gemäß Berufsausbildungsgesetz von drei auf sechs Monate. Die Erhöhung führt zur besseren Absicherung nach dem Abschluss der Lehrausbildung und gewährleistet eine längere Zeit im Betrieb, um Erfahrungen zu sammeln und damit eine bessere Chance am Arbeitsmarkt zu haben.

Mitbestimmung stärken

Unser Einsatz für Demokratie und Mitbestimmung bezieht auch die Ausbildungsbetriebe und Berufsschulen mit ein. Die Wahl von Jugendvertrauensräten und Schulsprecher:innen mit Mitsprachemöglichkeiten ist ein elementares Recht für junge Menschen in Ausbildung. Denn unsere Lehrlinge sind die Fachkräfte von morgen, gemeinsam mit den Schüler:innen tragen sie die Zukunft unseres Landes.

DIVERSITÄT UND MEHRSPRACHIGKEIT

Internationale Migration ist eine von vielen Begleiterscheinungen globaler Vernetzungs- und Veränderungsprozesse, die Gesellschaften vor komplexe Herausforderungen stellen. Österreich ist aufgrund seiner geografischen Lage in der Mitte Europas und seiner über Jahrhunderte gewachsenen sprachlichen und kulturellen Vielfalt ein klassisches Migrationsland. Die Illusion einer vermeintlich homogenen Gesellschaft ist und war nie Realität. Es geht darum, die Vielfalt der Lebensweisen und Sprachen als Chance zu erkennen und aktiv zu gestalten, denn Integration ist keine Einbahnstraße. Vielmehr geht es um gegenseitige Verständigung, die bei erfolgreicher Umsetzung einen Mehrwert für alle bringt. Tatsächlich ist Integration ein wechselseitiger Prozess, der nicht endet, wenn alle integriert sind, sondern eine gemeinsame gesellschaftliche Anstrengung.

Aufeinander zugehen

Über allem muss der Gedanke stehen, dass Fremdes, Unbekanntes nicht per se als bedrohlich verstanden wird. Das Aufeinander zugehen ist von beiden Seiten nötig, um geeignete Integrationsmaßnahmen zu setzen und Akzeptanz, Toleranz, Respekt, Weltoffenheit, Frieden und Wohlstand der Gesellschaft zu fördern. Punktuelle Aktionen können ein kurzfristiger Anreiz sein, Integration ist aber ein beständiger und langfristiger Prozess und nicht mit Einzelmaßnahmen abgetan.

Für uns steht es im Vordergrund, Lösungen für dringende gesellschaftliche Herausforderungen und soziale Probleme zu finden. Geleitet werden wir dabei von evidenzbasierter Diskussion, innovativen Ideen und unseren sozialdemokratischen Grundwerten. Um zugewanderten Menschen die Chance zu geben, sich zu integrieren und ein aktiver und gleichwertiger Teil Österreichs zu werden, ist es notwendig, ihnen vollwertigen Zugang zum österreichischen Schulsystem und Bildungswesen zu ermöglichen, egal ob Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen. Ebenso ist die Mehrheitsgesellschaft gefordert, den Umgang mit Vielfalt zu erlernen und zu ermöglichen.

Denn in einem rohstoffarmen Land wie Österreich wäre es ökonomisch unklug, auf das Potential von jungen Zuwanderer:innen zu verzichten. Ihre Fähigkeiten, ihr Können und ihre Leistung sind entscheidende Faktoren am Arbeitsmarkt und ein wertvoller Beitrag für die gesamte Gesellschaft.

Bildungsbenachteiligung

In den Überprüfungen der Bildungsstandards der letzten Jahre wird stets aufgezeigt, dass Schüler:innen mit Migrationsgeschichte wesentlich niedrigere Kompetenzen aufweisen als jene ohne. Ein relevanter Faktor in dieser Auswertung ist allerdings auch der soziale Status und der Bildungsabschluss der Eltern. Vergleicht man Jugendliche, deren Eltern maximal Pflichtschulabschluss haben, mit Schüler:innen, deren Eltern eine Hochschule absolvierten, so ergibt sich ein Leistungsunterschied, der in etwa drei Lernjahren entspricht. Es lässt sich also klar feststellen, dass Leistungsunterschiede aufgrund unterschiedlicher Bildungsherkunft größer als jene aufgrund von Migrationsstatus oder Erstsprache sind.

Somit haben Jugendliche mit Migrationshintergrund, deren Eltern keinen hohen Bildungsabschluss haben, besonders schlechte Startvoraussetzungen in ihre Bildungskarriere. Auch die zweite Generation zeigt im Vergleich zur ersten Generation nur wenig bessere Schulleistungen.

Die Bildungsbenachteiligung der Gruppe der Jugendlichen mit Migrationsgeschichte spiegelt sich dann in weiterer Folge auch in den Arbeitslosenquoten wider. Es ist also offensichtlich, dass Kinder und junge Menschen mit Migrationsgeschichte besondere Unterstützung brauchen, um Bildungskarrieren entsprechend ihrer Talente und Potentiale entwickeln zu können.

Chancen statt Barrieren

Wir folgen der Idee von Bildung als Befähigung zur freien Entfaltung jedes und jeder Einzelnen. Daher orientieren wir uns am individuellen und einzigartigen Kind. Bildungseinrichtungen müssen daher alles daran setzen, jedes Kind einzubinden und ihr:ihm ermöglichen, die eigenen Potenziale erkennen und entfalten zu können. Voraussetzung ist hohe Autonomie und Gestaltungsspielräume an den elementarpädagogischen und Schulstandorten.

Zur Umsetzung dieses Leitbilds braucht es an Bildungseinrichtungen multiprofessionelle Teams aus Pädagog:innen, Psycholog:innen und Sozialarbeiter:innen etc. mit klar definiertem Aufgabenprofil und Verantwortlichkeiten. Diese Teams begleiten die Entwicklung aller Schüler:innen, fordern Begabte und widmen sich besonders jenen mit Sprach-, Lern- oder sozialen Schwierigkeiten.

Denkbar ist auch die Position von „Perspektiven-Coaches“ innerhalb dieser Teams, die Schüler:innen in den letzten beiden Jahren der Schullaufbahn individuell begleiten und in der Entfaltung ihrer Interessen und Potenziale sowie in ihrer Berufsorientierung unterstützen. Dies ist eine wichtige Unterstützung für alle Kinder und Jugendlichen, begleitet allerdings insbesondere diejenigen mit Förderbedarf.

Diversitätskompetenz

Vielfalt ist im Bildungssystem keine Ausnahme, sondern normaler Lehr- und Lernalltag. Ein verpflichtender Kernbereich der Aus- und Weiterbildung aller Pädagog:innen muss daher in der Aneignung und Ausweitung von Diversitätskompetenzen bestehen. Minimale Anforderungen sind dabei Kompetenzen für interkulturelles Lernen, ein fördernder Umgang mit Mehrsprachigkeit, Deutsch als Zweitsprache, Leistungsdiagnostik und Qualitätsentwicklung am Schulstandort, Trauma-Pädagogik und lernunterstützte Traumabewältigung. Die Kompetenzen sollten bei bestehendem Lehrpersonal erhoben und gegebenenfalls Schulungen vorgesehen werden. Spezifische Aufgaben in den Bereichen interkulturelles Lernen und Sprachbildung/-förderung müssen an entsprechende Qualifikationsanforderungen geknüpft sein.

Um auch Diversität innerhalb der Gruppe der Pädagog:innen zu fördern, sind Personen mit Migrationsbiografie im Zugang zum Berufsfeld und in der pädagogischen Berufsausbildung gezielt anzuwerben und zu unterstützen.

Mehrsprachigkeit als Gewinn verstehen

Mehrsprachigkeit ist keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung – für das individuelle Leben, für den Bildungsalltag sowie für die Gesellschaft insgesamt. Die positiven Wirkungen von Mehrsprachigkeit für die Entwicklung des kindlichen Gehirns sind wissenschaftlich eindrucksvoll belegt. Darüber hinaus vergrößert Mehrsprachigkeit den Zugang zu kulturellen Deutungsmustern und erweitert damit Horizonte und sie erleichtert den Aufbau von Beziehungen und gegenseitigem Verständnis. Integration braucht eine Wertschätzung von Mehrsprachigkeit, inspiriert durch gegenseitige Anerkennung und Respekt und geleitet vom Ziel einer Annäherung an gemeinsame, demokratiepolitische Ziele.

Die kognitiven Fähigkeiten der Kinder sollten bei der ersten Sprachstandsfeststellung in der jeweiligen Muttersprache stattfinden, um diese tatsächlich richtig einschätzen zu können und nicht durch Sprachbarrieren nach unten zu verfälschen. Deutsch soll die wesentliche Bildungs- und Unterrichtssprache für alle Kinder sein. Sprachbildung muss aber auch in der Erstsprache stattfinden. Das unterstützt die kognitive Entwicklung des Kindes und erleichtert in der Folge auch das Erlernen der deutschen Sprache. Außerdem sollen diese Erstsprachen für alle Schüler:innen als zweite Fremdsprache angeboten und entsprechend in den Lehramtsstudien gefördert werden.

Didaktisches Gesamtkonzept für durchgängige Sprach(en)förderung

Es braucht ein durchgängiges Konzept zur Sprachbildung und Sprachförderung. Dieses Konzept muss daher alle Bildungsstufen – vom Kindergarten bis zur Sekundarstufe II – umfassen. Kern dieses Gesamtkonzepts ist die flächendeckende Umsetzung des Modells der Durchgängigen Sprach(en)bildung und des sprachsensiblen Fachunterrichts. Das Konzept soll flexibel genug sein, um individuelle und standortgerechte Lösungen zum deutschen Spracherwerb im Sinne der autonomen Schule sowie um den Ausbau und die Förderung der Erstsprache zu ermöglichen.

Voraussetzung dafür ist die einschlägige Aus- oder Weiterbildung aller Lehrkräfte, etwa durch Lehrgänge an den Pädagogischen Hochschulen zur „Frühen sprachlichen Förderung“, sowie regelmäßige Fortbildungsangebote. Deutsch als Zweit-/Fremdsprache sollte als Pflichtfach im pädagogischen Hochschulstudium verankert werden. Unterstützt werden die Lehrkräfte durch Sprach-Lern-Koordinator:innen mit Expertise in den Bereichen Mehrsprachigkeit, Migrationspädagogik und sprachliche Bildung.

Förderung von Deutschkenntnissen

Deutschförderkurse sollen jedenfalls in allen Schularten angeboten und ausgebaut werden, deren Organisation soll schulautonom entschieden werden.

Bei Eintritt von neu zugewanderten Schüler:innen sollte ein Kompetenzcheck, Sprachenscreening und daraus resultierend ein individueller Bildungsplan entworfen werden, der gemeinsam mit der:dem Schüler:in und den Eltern besprochen und fixiert wird. Darauf aufbauend überprüfen Kompetenzdiagnosen und Förderpläne die Fortschritte der Schüler:innen, über die auch die Eltern auf dem Laufenden gehalten werden (wie es bereits mit dem Bildungskompass am Übergang Kindergarten-Volksschule begonnen wurde).

Aus didaktischen wie integrationspolitischen Gründen sind Verbots- und Isolationsmaßnahmen abzulehnen. Sowohl ein Deutschgebot im Schulgebäude beziehungsweise in Pausen als auch die Sammlung von Schüler:innen mit geringen Deutschkenntnissen in eigenen Klassen widersprechen allen wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Mehrwert von Mehrsprachigkeit und dem Erwerb der lokalen Sprache. Vielversprechend sind hingegen integrative und additive Formen der Unterstützung der Aneignung von Deutsch. Im Rahmen von wissenschaftlichen Studien wurde festgestellt, dass ein Angebot von 6 Stunden Deutsch pro Woche im Gegensatz zu nur einer Stunde dazu führt, dass die Kinder nach ca. 5-6 Monaten gut Deutsch sprechen, in der Vergleichsgruppe allerdings mehr als 2 Jahre benötigen, bis sie dem Unterricht folgen konnten.

BILDUNGS-EMPOWERMENT JUNGER FRAUEN

Die Bildungsunterschiede zwischen den Geschlechtern sind immer noch stark spürbar und ihre Auswirkungen prägen das tägliche Leben junger Frauen. Es ist von großer Bedeutung, diese Unterschiede zu erkennen und deren Auswirkungen zu verstehen. Dies betrifft sowohl die elementare Bildung als auch die Wahl von Fachrichtungen in der Lehre, in berufsbildenden Schulen und im Studium. Entscheidungen prägen Karriereverläufe und können langfristige Auswirkungen auf Einkommen und berufliche Chancen haben.

Wir wollen junge Frauen und auch Männer motivieren und unterstützen, über traditionelle Rollenbilder hinauszudenken und neue Berufswege einzuschlagen.

Es gilt Konzepte und Räume zu entwickeln, durch die junge Menschen auch abseits von Schule und Kindergarten lernen können, ihre Potenziale zu entfalten und klassische Rollenbilder zu hinterfragen. Wir wollen die Potenziale heben und jede und jeden dabei unterstützen, den für sie geeignetsten Karriereweg zu gehen.

BARRIEREFREIHEIT, INKLUSION, TEILHABE

Die Sozialdemokratie bekennt sich zur Verpflichtung, die Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen und zu implementieren.

Bildung ist eines der stärksten Werkzeuge für individuelle Entfaltung, soziale Teilhabe und für eine gerechte Gesellschaft. In einer inklusiven Bildungslandschaft werden Barrieren – ob physischer, kultureller oder sozialer Natur – abgebaut. Hier wird ein Umfeld geschaffen, in dem alle Menschen, unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, Bedürfnissen oder ihrem Hintergrund, gleichermaßen wachsen und lernen können. Dies muss vom Kindergarten über die Schule bis hin zur Hochschul-, Berufsaus- und Weiterbildung gedacht werden.

Eine Schule für alle

In der inklusiven Schule ist die Vielfalt Normalität. Im Vordergrund stehen die individuellen Potentiale und nicht Unterschiede oder Defizite. Unabhängig von Herkunft, Sprache, Geschlecht, Begabungen oder auch einer Behinderung werden Schüler:innen individuell gefördert. Die pädagogische Qualität steht, wie in allen anderen Bildungseinrichtungen, auch in der inklusiven Schule im Mittelpunkt.

Beste Ausstattung und multiprofessionelle Teams

Die SPÖ will die Zukunftschancen aller Kinder wahren. Dabei muss bei der Ausstattung der Schulen mit Ressourcen auf den pädagogischen und sozial-psychologischen Bedarf geachtet sowie die Etablierung von multiprofessionellen Teams (Assistenz, Unterstützer:innen, ärztliche Betreuung etc.) umgesetzt werden.

Sonderpädagogische Förderung muss bedarfsorientiert sein, keiner finanzpolitischen Deckelung unterworfen werden und kurzfristig Schüler:innen ohne Verwaltungsvorlauf zur Verfügung stehen.

PBZ wieder einrichten

Die Pädagogischen Beratungszentren – PBZ sollen wiedereingerichtet werden, um eine von den Sonderschulen unabhängige und wertungsfreie Beratung von Kindern mit Behinderungen gewährleisten zu können. Kinder sollen inklusiv und nicht in Sonderschulen eingeschult werden. Die Gemeinsame Schule soll alle Kinder umfassen und niemanden ausschließen oder zurücklassen. Das ausgezeichnete Personal der Sonderschulen kann in den inklusiven

Schulen hervorragend in den angestrebten multiprofessionellen Teams eingesetzt werden und somit zum Gelingen der Schulkarrieren massiv beitragen.

Im Bereich der Schulpsychologie wollen wir ein niederschwelliges Angebot, um Berührungängsten entgegenzuwirken.

Sonderschulen öffnen

Der Segregation wird somit durch die Öffnung von Sonderschulen begegnet – jedes Kind soll die Chance auf ein Miteinander haben. Inklusive Schulen müssen der Regelfall im österreichischen Schulwesen sein. Dies ist Basis für eine vorurteils- und barrierefreie Gesellschaft. Die Umsetzung des Nationalen Aktionsplanes Inklusion sowie des Tiroler Aktionsplanes zu Behinderung ist voranzutreiben.

DIGITALISIERUNG

Kinder kommen schon sehr früh im Elternhaus mit digitalen Geräten in Kontakt. Der sinnvolle und sichere Umgang mit den sich bietenden Möglichkeiten will gelernt sein. Die Vermittlung von digitalen Grundkenntnissen bereits ab der Volksschule ist deshalb ein Gebot der Stunde. In der Unterstufe soll der Unterricht zu digitalen Grundkenntnissen intensiviert sowie verstärkt in den gesamten Unterricht integriert werden.

Ein wichtiger Schwerpunkt in der digitalen Bildung muss auf dem bewussten und verantwortungsvollen Umgang mit Inhalten und dem Preisgeben eigener Beiträge auf digitalen Kanälen sein. Die Quellenprüfung, die kritische Betrachtung und das Hinterfragen von Informationen sowie mögliche Konsequenzen des Teilens eigener Bilder, Texte etc. müssen altersgerecht vermittelt werden, auch um Mobbing über beispielsweise Social Media vorbeugen zu können.

Digitale Grundbildung

Die Vermittlung von digitalen Grundkenntnissen muss bereits in der Volksschule beginnen. Der sinnvolle Umgang mit den sich bietenden Möglichkeiten will gelernt sein. In der Primarstufe geht es um die spielerische Vermittlung und den Umgang mit der Technik. Digitale Geräte werden fächerübergreifend in den Unterricht eingebunden.

Ab der Sekundarstufe wird der Unterricht zu digitalen Grundkenntnissen intensiviert und verstärkt in den Unterricht implementiert. Es erfolgt eine eigene Ausweisung der erlernten Kompetenzen im Jahreszeugnis.

Einerseits geht es darum, Anwendersoftware von Standardprogrammen bedienen zu können, andererseits aber auch darum, Ideen und Kreativität in die Logik verschiedener Programmiersprachen einzubringen und übersetzen zu können sowie Informationsquellen zu hinterfragen und entsprechend bewerten zu können. Das ermöglicht den Erwerb sozialer und kultureller Fertigkeiten wie Kreativität, Empathie, Solidarität, Toleranz, Verantwortung, selbständiges Denken und Kritikfähigkeit.

Digitale Lehrmittel

Digitale Bildungsmedien in Verbindung mit dem bewährten Einsatz analoger Unterrichtsmaterialien sind die Zukunft des Unterrichtens. Die finanziellen Möglichkeiten der Innovationsstiftung für Bildung müssen genutzt werden, um innovative, lizenzfreie Lehr- und Lernmaterialien zu entwickeln.

Portale zur leichteren Beschaffung von digitalen Lernmaterialien sind bereitzustellen. Die richtige Handhabung für die wirkungsvolle Nutzung im Unterricht wird in verbindliche Schulungen für Lehrkräfte aufgenommen. Auch Schüler:innen sollen einen niederschweligen Zugang zu vertiefenden Materialien erhalten, um erlerntes Wissen einfacher üben zu können.

Das Angebot wird laufend erweitert und an den sich ständig verändernden technologischen Fortschritt angepasst. Apps und innovative Tools weiten das Spektrum an Unterrichtsmaterialien aus.

Über allem steht der Gedanke von offenen und kostenlosen Bildungsmaterialien!

Digitalisierung/Ausstattungsinitiative

Was früher die Schiefertafel oder das Schulheft war, wird immer mehr der digitale Lernbegleiter. Die Vielfalt an analogen und digitalen Möglichkeiten stößt das Tor zum umfassenden Wissen der Menschheit auf, schafft allerdings auch neue Herausforderungen.

Jede Schülerin und jeder Schüler soll zukünftig in der Unterstufe (5. Schulstufe) ein gratis Tablet und in der Oberstufe (9. Schulstufe) einen Laptop erhalten. An Volksschulen sollen Tablet-Koffer zum Einsatz kommen. Zudem müssen die verantwortlichen Pädagog:innen mit entsprechender digitaler Hardware ausgestattet und die Schulen flächendeckend (Pflicht- und Bundesschulen) an das Breitbandinternet angebunden und mit funktionstüchtigem WLAN ausgestattet werden. Alle Schulen erhalten die Infrastruktur, mit der sie den Schüler:innen und Lehrer:innen den kostenfreien Zugang zum Internet ermöglichen.

Das Bildungsministerium schließt mit den Anbietern Generalverträge ab, damit das Arbeiten mit diesen Geräten auch von zu Hause aus möglich ist. Da ein Teil der Schulbücher nicht mehr benötigt wird, können die dadurch freiwerdenden finanziellen Mittel dafür verwendet werden.

Digital Summer School

Für Kinder und Jugendliche, die sich mit Digitalisierungsthemen, vom spielerischen Programmieren bis zum Webdesign, beschäftigen oder ihr Wissen ausbauen wollen, gibt es zu wenig Angebote. Digitale Kompetenz soll frühzeitig und kostengünstig, am besten kostenlos zugänglich gemacht werden, um die Begeisterung für die zukünftig immer wichtiger werdenden digitalen Berufe bei Mädchen und Burschen zu wecken und zu fördern. Eine Digital Summer School ist ein idealer Weg, ein solches Angebot auf spielerische Art und Weise in den im Sommer leerstehenden Schulräumlichkeiten zu schaffen.

Digital fitte Pädagog:innen

Um die digitale Weiterentwicklung des Bildungssystems entsprechend pädagogisch begleiten zu können, bedarf es zusätzlicher Lehrer:innen-Ressourcen.

In der Lehrer:innenausbildung werden „Digitale Kompetenzen“ von Beginn an verpflichtend und als zentrale Querschnittsmaterie aufgenommen. Im Rahmen der Lehrer:innenfortbildung müssen Pflichtveranstaltungen auch von bereits im Dienst stehenden Lehrkräften, deren Ausbildung noch kein Modul „Digitale Kompetenzen“ beinhaltet hat, besucht werden.

IM DIALOG MIT DEN ELTERN

Voraussetzung für eine positive Schulentwicklung ist eine funktionierende Schulpartnerschaft. Eine enge Einbindung der Eltern ist unerlässlich. Dies führt zu einer Stärkung von Inklusion und Integration im und durch das Bildungssystem. Ein wichtiger Schritt dafür ist die Ausarbeitung einheitlicher Kriterien für kooperative Elternarbeit in allen Schulen.

Positiver Bildungsbegriff

Elternarbeit muss Eltern das Bildungssystem erklärlich machen, einen positiven Bildungsbegriff vermitteln und somit durch beispielsweise Schnuppertage von Kindergartenkindern in der Volksschule versuchen, die Hemmnisse beziehungsweise Ängste vor der Bildungseinrichtung zu nehmen. Der Dialog darf nicht nur anlassbezogen bei bestehenden Problemen geführt werden, sondern soll vielmehr normaler Bestandteil des Schullebens sein. Ein Grundelement eines solchen Dialogs sind regelmäßige Entwicklungsgespräche sowie die Begleitung von Übergängen zwischen Schulformen. Für Kinder/Jugendliche beziehungsweise Eltern mit Migrationsbiografie sollen diese speziell zugeschnitten und von entsprechender Expertise begleitet sein.

Inklusive Elternarbeit soll Eltern, die sich der „Mehrheitsgesellschaft“ zugehörig fühlen, vermitteln, dass Vielfalt und Mehrsprachigkeit keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung darstellen. Eltern mit Migrationsbiografie und sozial benachteiligte Eltern wiederum müssen aktiv eingebunden werden, etwa durch muttersprachliche Informationsmaterialien, sowie durch Übersetzer:innen bei Veranstaltungen und Gesprächen. Die Rolle der Übersetzung darf nicht den Kindern aufgebürdet werden.

Eltern unterstützen Eltern

Über den klassischen Elternabend und individuelle Entwicklungsgespräche hinaus braucht es neue Formate der kooperativen Elternarbeit: etwa ein Peer-System „Eltern unterstützen Eltern“, elektronische Kommunikations- und Informationsformen oder auch eine Aufteilung individuell zu betreuender Eltern auf die Lehrer:innen. Entsprechende Ausbildungsangebote für Eltern sowie die Vermittlungstätigkeit sind bereitzustellen.

Darüber hinaus ist auch eine entsprechende Schulung der Pädagog:innen notwendig. Interkulturelle Elternarbeit soll als Pflichtfach im pädagogischen Hochschulstudium verankert sowie als Weiterbildungslehrgang angeboten werden.

Ferienbetreuung

Schulfreie Zeiten stellen für viele Eltern ein Betreuungsproblem dar. Leerstehende Schulgebäude sind in Ferienzeiten zu öffnen und klimafit zu machen. Die Ferienbetreuung beinhaltet Fördermöglichkeiten zu schulischen Inhalten oder sportliche und künstlerische Aktivitäten. Die Betreuung erfolgt durch pädagogische Fachkräfte. Das erleichtert den Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und bietet Kindern und Jugendlichen einen Raum, um sich auszutauschen, zu bewegen und gegebenenfalls schulische Defizite auszugleichen.

Es ist darauf zu achten, dass Kinder nicht in allen Ferien die gesamte Zeit über eine Ferienbetreuung besuchen. Jedes Kind hat ein Recht auf Ferien, weshalb mindestens zwei Wochen abseits der Schule verbracht werden müssen.

LEHRER:INNEN(AUS)BILDUNG

Unser Ziel ist es, die geeignetsten, motiviertesten und bestausgebildeten Menschen für den Pädagog:innen-Beruf zu gewinnen. Ihr Engagement, ihr Können und ihre Begeisterungsfähigkeit haben direkte Auswirkung auf das schulische Klima und den Lernerfolg der Kinder und Jugendlichen.

Um diesem Anspruch Rechnung zu tragen, müssen Studieneingangsphasen für ein pädagogisches Studium so gestaltet sein, dass über praktische Selbsterfahrung die Eignung zur Ausübung des Berufs erkannt werden kann. Diesen Weg muss auch das österreichische Schulwesen einschlagen, damit die Attraktivität und Anerkennung von pädagogischen Berufen auch hierzulande wieder steigen.

Auch wollen wir mehr Männer für pädagogische Berufe gewinnen.

Um einen späteren Einstieg in den Lehrberuf zu erleichtern, müssen Angebote für eine berufsbegleitende Ausbildung ausgebaut werden, damit möglichst viele, die an einem pädagogischen zweiten Bildungsweg interessiert sind, diesen Schritt existenziell abgesichert gehen können.

Lehrer:innenausbildung verbessern

Wir verstehen Schule so, dass das Arbeiten von und mit Menschen im Mittelpunkt steht, was sich folglich auch in der Gestaltung des Lehrplans widerspiegeln muss. Es soll keine Theorie ohne erlebte Praxis und keine Praxis ohne tiefgreifende theoretische Reflexion vermittelt werden. Ganz im Gegenteil braucht es eine qualitative Reform der Ausbildung der Lehrer:innen und eine anteilige Erhöhung der Zeit in der Unterrichtspraxis.

Angepasst werden müssen auch die Inhalte des Studiums, Art und Zeitpunkt des Berufseinstieges sowie das berufsbegleitende Studieren. Im Zentrum müssen der Wert einer einschlägigen Qualifizierung des Lehrpersonals und Investitionen in die Aus- und Fortbildung stehen.

Die Pädagog:innenbildung Neu hat große Veränderungen in die Ausbildung der Lehrkräfte gebracht und fokussiert vor allem die Vermittlung von Bildungstheorien. Für eine qualitätsvolle Weiterentwicklung ist es allerdings essentiell, dass der Praxisanteil während des Studiums massiv erhöht wird.

Fachliche Schwerpunktsetzungen

Die Ausbildung von Lehrer:innen mit fachlichen Schwerpunktsetzungen (z.B. Musik, Sport, Inklusion/Sonderpädagogik) für die Primarstufe sowie die Entwicklung von fachlichen Domänen und Fachbereichen für die Sekundarstufe soll implementiert werden. Das internationale Beispiel der Weiterentwicklung der naturwissenschaftlichen Fächer hin zu „Science“ als Unterrichtsfach soll für alle Ausbildungs- und Unterrichtsfächer beispielgebend für andere Disziplinen sein. Digitale Kompetenzen und moderne Lehrmethoden sollen integraler Bestandteil des Studiums werden.

Besonders wichtig ist eine verstärkte internationale Mobilität der angehenden Lehrer:innen im Rahmen ihrer Aus-, Fort- und Weiterbildung, vor allem für angehende Fremdsprachenlehrer:innen. Ziel muss es sein, dass jedenfalls alle angehenden Fremdsprachenlehrer:innen zumindest ein Semester in ihrer Ausbildung im Ausland studieren oder im Ausland unterrichten.

„Deutsch als Zweitsprache“ und die Auseinandersetzung mit interkulturellen Kompetenzen sind wertvolle Maßnahmen und müssen verstärkt in den Fokus der Kompetenzentwicklung einfließen. Ebenso soll darauf Bedacht genommen werden, dass an Schulen zukünftig verstärkt multiprofessionelle Teams zum Einsatz kommen, was auch einer Schulung in Hinblick auf Teamfähigkeit und Wissenstransfer bedarf.

Es braucht die Lehrer:innen, die diese neue Freiheit gut begleiten können, die fachlich und didaktisch dafür gerüstet sind. Teamarbeit und klare Strukturen sind dabei essentiell, weil niemand rund um die Uhr für die Schüler:innen verfügbar sein kann.

Ein Teil der Lehrkräfte wird an der Schule anwesend sein, andere können ihre Arbeit zeitweise auch von zu Hause oder von anderen Orten aus erledigen, es wird eine Kombination sein wie jetzt mit Arbeitszeiten in der Schule und Arbeitszeiten zu Hause. Dafür muss die entsprechende Infrastruktur an den Schulen geschaffen werden.

Weiterbildung stärken und ausbauen

Zur kontinuierlichen Weiterentwicklung der Unterrichtsqualität soll ein Mindestumfang an 40 Stunden persönlicher Weiterbildung pro Jahr für Lehrkräfte verankert werden. Die Inanspruchnahme erfolgt außerhalb der Unterrichtszeit. Schulleitungen haben dafür Sorge zu tragen, dass dies auch wahrgenommen wird. Pädagogische Hochschulen entwickeln bedarfsorientierte, maßgeschneiderte Fort- und Weiterbildungsangebote für Schulen.

Hochschulentwicklungsplan der Pädagogischen Hochschulen

Wir bekennen uns zur qualitätsorientierten Weiterentwicklung der Pädagogischen Hochschulen hin zu autonomen Hochschulen mit Ergebnisverantwortung unter der klaren Prämisse der Steuerungsmöglichkeit durch den Bund bei der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Pädagog:innen im Wege der Leistungsvereinbarungen und klaren Governance Strukturen.

Pädagogische Hochschulen sollen gemeinsam mit den Universitäten DIE zentrale Rolle in der pädagogischen Professionsentwicklung übernehmen, sich in ihrer Forschungstätigkeit an Fragen der Professions- und Schulentwicklung in engem Zusammenwirken mit der Praxis orientieren und Verantwortung für die Fort- und Weiterbildung für Pädagog:innen übernehmen, die an den Erkenntnissen der Forschung und den Erfordernissen der modernen Pädagogik ansetzt.

Bildungswissenschaftliche Grundlagenforschung gilt es auszubauen, genauso wie die Begleitforschung. Zahlreiche Schüler:innentestungen wie PISA, BIST, aber auch Kompetenzüberprüfungen von Erwachsenen (Programme for the International Assessment of Adult Competencies – kurz PIAAC) etc. liefern unglaubliche Datenmengen, deren wissenschaftliche Nutzung unzureichend ist. Unter Berücksichtigung der Besonderheiten dieses Hochschultyps soll die Umstellung auf ein neues Organisationsrecht mit weitgehender Autonomie sowie Instrumenten einer ergebnisorientierten bundesweiten Qualitätssicherung erfolgen.

Mittelfristig soll auch die Aus- und Weiterbildung von Elementarpädagog:innen an den Pädagogischen Hochschulen stattfinden. Dies ist notwendig, um die Professionalisierung dieser wichtigen Berufsgruppe zu stärken und eine qualitativ hochwertige Ausbildung sicherzustellen. Die enge Anbindung an die Pädagogischen Hochschulen gewährleistet, dass Elementarpädagog:innen nicht nur von den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und pädagogischen Entwicklungen profitieren, sondern auch in ihrer Praxis gestärkt werden. So können sie optimal auf die Herausforderungen der frühkindlichen Bildung vorbereitet werden und zur Qualitätssicherung in diesem zentralen Bildungsbe- reich beitragen.

SCHULORGANISATION

Die unterschiedlichen Zuständigkeiten in Österreich erschweren Entscheidungsprozesse. Im Bund sind mehrere Res- sorts für die Kernkompetenzen im Bildungsbereich (Elementarpädagogik, Schule, Wissenschaft und Forschung, Erwach- senenbildung) verantwortlich. Es braucht hier die Bündelung der Zuständigkeit in einem zentralen Bildungsressort.

Die Sozialdemokratie betont die Notwendigkeit einer bundesweiten Steuerung der pädagogischen Zielsetzungen durch das Bildungsministerium. Das erlaubt die umfassende Koordination des Bildungswesens und die bessere Abstim- mung zwischen den Schnittstellen sowie die Entwicklung der elementarpädagogischen Einrichtungen als erste Bil- dungsorte. Gleichzeitig brauchen die Pädagog:innen in Bildungseinrichtungen die Freiheit, das Lehren, Lernen und das Leben nach den Bedürfnissen vor Ort zu gestalten. Die Autonomie in den Bildungseinrichtungen ist die Basis erfolgrei- cher Pädagogik und muss durch eine klare äußere Struktur und entsprechende Zuständigkeiten abgesichert sein.

Mehr Personal für die Schulen

Die Vielzahl an Aufgaben und Erwartungen, denen sich Pädagog:innen täglich ausgesetzt sehen, hat sich im Laufe der Jahre stark verändert. Administrative Belastungen nehmen stetig zu. Um sie davon zu entlasten und genug Spielraum für die pädagogische Arbeit zu schaffen, braucht es wesentlich mehr Unterstützungspersonal – sowohl in der Admi- nistration als auch in Form von Sprachpädagog:innen, Sozialarbeiter:innen, Schulpsycholog:innen und mobilen Teams.

Zusätzlich benötigen wir eine Umverteilung von Lehrpersonen, besonders für jene Schulen mit besonderen Herausforderungen, um die Lehr- und Lernqualität an diesen Standorten sofort deutlich heben zu können.

Einheitliche Schulerhalterschaft

Nach der derzeitigen Rechtslage sind drei Gebietskörperschaften für die Erhaltung von Schulen zuständig, wovon der Bund bereits in der Sekundarstufe II die umfassende und in der Sekundarstufe I einen bedeutenden Teil der Schulerhalterschaft der öffentlichen Schulen trägt. Die Reduktion der Ebenen der Schulerhalterschaft und die damit verbundene Anpassung im Finanzausgleich erlauben deutliche Effizienzsteigerungen, bessere Steuerungsmöglichkeiten und eine Qualitätsverbesserung für den Bildungsstandort Österreich.

Durch die Entflechtung der Zuständigkeiten sollen die Schulen befähigt werden, die Personalressourcen nach den Bedürfnissen am Standort einzusetzen (Lehrpersonal, Supportpersonal, Administration, mittleres Management). Die Ressourcenbewirtschaftung sollte pro Schule unter Berücksichtigung ihres Chancenindex und der sonderpädagogischen Herausforderungen erfolgen.

Schulsprengel werden aufgelöst. Ein einheitlicher Bildungsraum ermöglicht mehr Flexibilität in der Zusammensetzung von möglichst heterogenen Klassen. Die Bildungsdirektionen haben die Möglichkeit, hier unterstützend einzugreifen. Das Ziel ist die bestmögliche Durchmischung von Schüler:innen-Kohorten.

Privatschulen, deren Lehrpersonal von der öffentlichen Hand finanziert wird, müssen beitragsfrei einen an die Region angepassten Prozentsatz an Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Familien aufnehmen.

Im Sinne des lebensbegleitenden Lernens sollen die unterschiedlichen Bildungsinstitutionen beginnend bei der Elementarpädagogik und den Schulen bis hin zu den Hochschulen, der Volksbildung, der Erwachsenenbildung und Forschung ganzheitlich gedacht werden. Eine Zersplitterung der Zuständigkeiten muss nicht nur zwischen den Gebietskörperschaften, sondern auch zwischen den Bundesressorts vermieden werden. Notwendige Maßnahme ist die Änderung des Bundesministeriengesetzes.

Nachhaltige Finanzierung des Bildungswesens

Für die nachhaltige Planung und Sicherung des Bildungsstandorts Österreich ist die ausreichende und angemessene Budgetierung des Bildungswesens, inklusive aller unterstützenden Berufsgruppen, transparent und nachvollziehbar im Bundeshaushalt unerlässlich. Kostenwahrheit anstelle von All-Inklusive-Finanzplänen ist anzustreben und im Finanzausgleich die Kriterien-basierte Aufgabenorientierung vorzusehen.

Chancenindex: Ressourcen für Bildungseinrichtungen

Um durchgängig in allen Schulen ein ausgewogenes Maß an Heterogenität sicherzustellen, bräuchte es unter anderem intensive wohnbaupolitische Akzente, insbesondere in urbanen Regionen. Da dies über viele Jahrzehnte nicht ausreichend geschehen ist, erscheint es zielführender, jene Schulen ganz besonders zu unterstützen, die hier besondere Herausforderungen zu bewältigen haben.

Schulen mit umfassenderen Förderungsaufgaben brauchen entsprechende Mittel, um diesen Aufgaben nachzukommen. Besteht ein hoher Anteil an sozial benachteiligten, gehandicapten und/oder neu zugewanderten Kindern mit sprachlichem oder anderem Förderbedarf, so braucht es zusätzliches, entsprechend qualifiziertes Lehr- und Unterstützungspersonal sowie weitere Maßnahmen.

Dafür sollen auf Basis eines Chancenindex für Bildungseinrichtungen zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Was heute als „Brennpunktschule“ in erster Linie problembehaftet und belastend beschrieben wird, ist eigentlich

die Champions League der Pädagogik. Diese Schulen brauchen die besten, engagiertesten Pädagog:innen. Dafür müssen entsprechende Anreizsysteme und Karriereperspektiven geschaffen werden.

Dies muss ein Mehr an Pädagog:innen mitumfassen, insbesondere in den ersten zwei Volksschuljahren und beim Übergang in die Sekundarstufe II, da gerade hier besondere Herausforderungen liegen.

Darüber hinaus sind grundlegende, strukturelle Maßnahmen zur Ermöglichung qualitativ hochwertiger Bildungsarbeit notwendig als Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und Inklusion. Denn jedes Kind bedarf anderer zielgerichteter Unterstützung und Förderung.

Aktualisierung des Lehrer:innen-Dienstrechts

Eine wichtige Zielsetzung ist die Weiterentwicklung und in Folge Harmonisierung des Lehrer:innen-Dienstrechts, um gemeinsame Standards bei der Unterrichtsverpflichtung sowie Fort- und Weiterbildungsverpflichtung zu verankern.

Neuordnung und Modernisierung des Schulgesundheitsdienstes

Derzeit gibt es verschiedene Zuständigkeiten für die Gesundheit der Schüler:innen. Die geteilten Verantwortungsbereiche spiegeln die verfassungsrechtliche Kompetenzverteilung wider. Zielführend erscheint eine Bündelung aller nichtpädagogischen beziehungsweise gesundheitlichen Unterstützungsleistungen, die infolge der steigenden chronischen Erkrankungen unter Schulkindern eine Aufstockung erfahren müssen.

Schüler:innen-Beihilfe

Beihilfen und Förderungen im Bildungswesen kommen vor allem Kindern und Jugendlichen aus sozial schlechter gestellten Familien zugute. Die Schüler:innen-Beihilfe muss auf Treffsicherheit evaluiert und entsprechend dem Wertverlust seit der letzten Valorisierung angepasst werden.

Die Vielzahl an unterschiedlichen Beihilfe-Systemen und Anspruchsberechtigungen für beispielsweise schulische Veranstaltungen wie Sportwochen sind bundesweit äußerst unterschiedlich geregelt und schier unüberblickbar. Wir fordern eine Flurbereinigung der Förderungen, transparente Vergaberegelungen und die Einrichtung eines übersichtlichen und bundesweit geltenden Online-Tools, um das Wissen und den Zugang zu den persönlich zustehenden Leistungen zu erleichtern.

UNIVERSITÄTEN UND HOCHSCHULEN

Die Hochschulwelt repräsentiert mehr als nur ein weiterführendes Bildungsangebot. Sie ist ein Schmelztiegel aus Ideen, Entdeckungen und der Verfeinerung von Wissen. Hier entstehen Theorien, Modelle sowie Lösungen für die drängendsten Fragen unserer Zeit – von Umweltthemen über medizinische und technologische Durchbrüche bis hin zu sozialen und kulturellen Entwicklungen.

Bessere Finanzierung

Unser Bekenntnis zum offenen und freien Hochschulzugang beinhaltet, dass wir Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen ablehnen.

Österreich hat das Potenzial, ein Innovationszentrum zu sein, ein faszinierendes Laboratorium des Gelingens und des Ausprobierens, doch muss es dazu mehr für Bildung, Forschung und Wissenschaft tun. Die öffentliche Hand hat sicherzustellen, dass die Hochschulen zu einem Ort werden, an dem Menschen, unabhängig von Herkunft, Alter und Geschlecht, in einem internationalen Zusammenhang lernen und forschen können. Wir setzen uns deswegen für die

bessere Förderung der Hochschulen, der Lehre und der Forschung ein. Die chronische Unterfinanzierung der Universitäten muss beseitigt und der Forschung die benötigten Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Studieren leistbar machen

Die Antwort auf die steigenden Studierendenzahlen darf keine weitere Verschulung sein, die das Studium für viele noch mehr erschwert. Zusätzlich bedarf es eines effektiveren Studienbeihilfesystems, um soziale Schieflagen nicht zu verfestigen. Wir müssen dafür sorgen, dass Studierende nicht mehr Zeit in den ihr Leben finanzierenden Job investieren müssen als in ihr Studium. Deswegen wollen wir unter anderem die Möglichkeit von Teilzeitstudien forcieren und umsetzen.

Weniger befristete Arbeitsverträge

Die seit Oktober 2021 geltende Novelle des Universitätsgesetzes, die das Sonderbefristungsrecht für Arbeitsverträge an den öffentlichen Universitäten regelt, hat ihre Ziele klar verfehlt. Die Regelung, die nun eine Höchstbefristungsdauer von acht Jahren vorsieht, hat weder rechtliche Klarheit bei Befristungen geschaffen noch prekäre Arbeitsverhältnisse an Universitäten verhindert. Vielmehr wurden Stellen in der Forschung abgebaut und Beschäftigungsverhältnisse an den österreichischen Universitäten weniger attraktiv. Wir fordern daher, in den Leistungsvereinbarungen eine Befristungshöchstquote festzulegen, die Bedacht auf die Situation der jeweiligen Universität nimmt. Eine schrittweise Reduktion von befristeten Arbeitsverträgen kann mit der Senkung der Befristungshöchstquote erreicht werden.

Ebenso soll das wissenschaftliche und lehrende Personal bessergestellt werden, damit das Gefälle zwischen habilitiertem und anderem Personal reduziert werden kann.

Neue Parameter für Leistungsvereinbarungen

Die Verwendung von Universitäts-Rankings für die Gestaltung der österreichischen Universitätspolitik ist nicht zielführend. Rankings sind nämlich als Instrument der Leistungsmessung untauglich, da sie den öffentlichen Auftrag der Universitäten vollständig ignorieren und damit tendenziell eine negative Steuerungswirkung haben. Das zeigt sich besonders bei den Leistungsvereinbarungen.

Selbst auf EU-Ebene wird ein Abgehen von Rankings und ihren Indikatoren empfohlen. Deswegen fordern wir sämtliche Parameter in den Leistungsvereinbarungen zu streichen, die direkt oder indirekt auf Universitäts-Rankings verweisen. Sie sollten durch Parameter ersetzt werden, die den öffentlichen Auftrag der Universitäten abbilden.

Demokratie an Universitäten stärken

Die Universitäten und Fachhochschulen müssen von den Lehrenden und Lernenden gemeinsam und demokratisch gestaltet werden. Wir brauchen und fördern neugierige, kritische Menschen, die sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind und deren Ideen, Konzepte und Forschungsergebnisse das Streben nach einer freien, gleichen, gerechten und solidarischen Gesellschaft unterstützen.

BILDUNG EIN LEBEN LANG

Die Vorstellung, dass Bildung nach Abschluss der Schul- oder Hochschulzeit endet, ist längst überholt. In einer sich ständig verändernden Welt ist lebenslanges Lernen nicht nur eine Möglichkeit, sondern eine Notwendigkeit. Erwachsenenbildung ist der Schlüssel dazu, fachlich und persönlich stetig weiter zu wachsen.

Garantie der Vorbereitung und Unterstützung

Derzeit gehen viele davon aus, dass es kaum mehr Berufe geben wird, die ein Leben lang ausgeübt werden. Wenn wir also schon keine Garantie dafür mehr abgeben können, dass Menschen ein Leben lang in ein und demselben Job

arbeiten werden können, muss es eine Garantie dafür geben, dass es für diese Veränderungsprozesse die beste Vorbereitung und Unterstützung gibt.

Nachholen von Bildungsabschlüssen

Basisbildungsangebote und das Nachholen des Pflichtschulabschlusses sind wichtige bildungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Tausende Menschen erhalten so jährlich Beratung und Perspektive für ihre berufliche Zukunft.

Die 2011 gestartete „Initiative Erwachsenenbildung“, die im Rahmen von §15a BVG Verträgen die Finanzierung und Qualitätssicherung zwischen Bund und Ländern festschreibt, muss weiterhin auf finanziell sicheren Beinen stehen. Mehrjährige Vertragsabschlüsse garantieren die Planbarkeit. Die Valorisierung ist im Rahmen der mehrjährigen laufenden Verträge sicherzustellen.

Weiterbildungskonto

Um Erwerbstätige bestmöglich auf die Anforderungen am Arbeitsmarkt, die sich insbesondere im Zuge der Digitalisierung weiter verändern werden, vorzubereiten, werden qualitativ hochwertige und leistbare Weiterbildungsmöglichkeiten zur existenziellen Schlüsselfrage.

Derzeit gibt es aber gerade für jene Arbeitnehmer:innen, die keinen Studienabschluss haben, ein Ungleichgewicht. Hochschulabsolvent:innen können ihre Ausbildung weitgehend gebührenfrei genießen, während sich Arbeitnehmer:innen ohne akademischen Abschluss ihre Weiterbildungsmaßnahmen und Zusatzqualifizierungen sehr oft selbst finanzieren müssen (Beispiel Meisterprüfung).

Wir wollen daher für alle, die in Österreich einen Pflichtschulabschluss absolviert haben, ein Weiterbildungskonto einrichten, über das frei verfügt werden kann – unabhängig vom Alter, allerdings unter Wahrung der Zugangsvoraussetzungen sowie bis zum Erreichen eines gewissen Bildungsniveaus für Ausbildungen im Rahmen des formalen Bildungswesens (Uni, FH, Matura), aber auch für zertifizierte Qualifizierungsausbildungen (Meisterprüfungskurse, Werkmeisterkurse, Masseur-Ausbildung).

Damit wollen wir erreichen, dass jede Form der Neuorientierung, Umschulung und Ausbildung leistbar wird. Zudem hängen sehr viele Umschulungsmaßnahmen an AMS-Kursen. Sie finden also in Phasen statt, in denen man arbeitslos ist und Ausbildung damit zur ökonomischen Notwendigkeit wird. Dieses System wollen wir aufbrechen, indem Ausbildung etwas „selbstgewähltes“ ist. Das ist erfahrungsgemäß auch der beste Motivator.

Damit wollen wir Betriebe aber keinesfalls ihrer Pflicht entbinden, betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen anzubieten und auch die Kosten hierfür zu tragen.

Man lernt nie aus: zweite Chance

Kostenpflichtig ist derzeit allerdings nicht nur das Bildungsangebot selbst. Zur ökonomischen Frage werden in Zeiten des Einkommensentfalles auch die Lebenserhaltungskosten, weil gegebenenfalls die Ausbildungsphase zusätzliche Erwerbstätigkeit nicht zulässt. Dazu möchten wir mit der sogenannten „zweiten Ausbildungschance“ jeder Österreicherin und jedem Österreicher die Möglichkeit geben, sich im Laufe des Erwerbslebens nochmals beruflich neu zu orientieren und eine weiterführende Ausbildung zu machen oder einen völlig neuen Beruf zu erlernen, unabhängig davon, ob nun erwerbstätig oder gerade auf Jobsuche.

Für die Zeit der Ausbildung wird ein Stipendium in Höhe des fiktiven Arbeitslosengeldes bezogen. Die Ausbildung selbst kann über das Bildungskonto finanziert werden.

ÖFFENTLICHE BILDUNGSINFRASTRUKTUR

Die Sozialdemokratie steht für einen Ausbau und eine ausreichende Finanzierung des laufenden Betriebs der öffentlichen Bildungsinfrastruktur. Gerade Bibliotheken und Büchereien kommt im Verbund mit Museen, Volkshochschulen, Theatern und Opernhäusern die Aufgabe zu, den öffentlichen Zugang zu Wissenschaft und Bildung, in deren unzähligen Facetten, allen Menschen im Land zu ermöglichen. Öffentliche Bibliotheken sind als kulturelle Zentren und Lernorte ein wichtiger Teil regionaler Bildungslandschaften. Angesichts der voranschreitenden Digitalisierung haben sie die Aufgabe, die Lust an Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur überall zu entfachen und zu erhalten. Museen sollen sich noch stärker für Kinder und Jugendliche sowie Schulen öffnen und entsprechende museumspädagogische Angebote entwickeln, damit der Besuch zu einem Abenteuer und dem Entdecken spannender, vielleicht unbekannter Welten wird. So kann das Publikum der Zukunft gewonnen werden.

Gleiches gilt auch für Theater und Opernhäuser. Jugendvorstellungen und Konzertangebote mit entsprechender pädagogischer Begleitung und Moderation können hier positive Erlebnisse bei Kindern und Jugendlichen kreieren, die Neugier und Faszination erzeugen können.

KINDERARMUT ABSCHAFFEN

In Österreich sind mehr als 350.000 Kinder und Jugendliche armutsgefährdet. 239.000 leben in einem Haushalt, der die Wohnung aus finanziellen Gründen nicht angemessen warmhalten kann. Besonders dramatisch ist die Situation von Alleinerziehenden und ihren Kindern. Von 2020 auf 2021 stieg die Armutsgefährdung bei ihnen um fünf auf 36 Prozent. Rund 40 Prozent können sich die Nachmittagsbetreuung für ihre Kinder nicht mehr leisten. Die gesundheitlichen und gesellschaftlichen Folgen von Kinderarmut kosten die Republik jedes Jahr 17 Milliarden Euro. Wem Kinderschicksale kein Herzensanliegen sind, dem muss zumindest das Hirn sagen, dass die Abschaffung von Kinderarmut eine wirtschaftlich sinnvolle Investition ist.

Kindergrundsicherung

Wir brauchen eine Kindergrundsicherung. Die Volkshilfe hat als Vorreiterin ein Modell entwickelt, auf das wir aufbauen. Das Ziel ist es: Keine Angst mehr vor dem Monatsende, wenn sich nur noch Nudeln und Toast ausgehen, um satt zu werden. Chronische Erkrankungen, Fehlzeiten in der Schule, Scham – all das würde wegfallen und Raum für mehr schöne Erlebnisse mit der Familie, Freund:innen und Hobbys schaffen. Unser Modell soll bisher bestehende Leistungen, wie die Familienbeihilfe und den Kinderabsetzbetrag, zusammenführen und den alten Familienbonus Plus, aber in Zukunft für alle Kinder, inkludieren. So erhalten alle Familien den Familienbonus Plus in voller Höhe. Das bedeutet einen Universalbetrag, abhängig von Anzahl und Alter der Kinder, von mindestens 367 Euro pro Monat für jedes Kind – unabhängig vom Einkommen der Eltern. Um armutsbetroffene Kinder zusätzlich abzusichern und ihnen Teilhabe in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Sport und Kultur zu ermöglichen, erhalten sie eine einkommensabhängige Zahlung in der Höhe von maximal 27 Prozent des Ausgleichszulagensrichtsatzes (jährlich valorisiert, derzeit 312,1 Euro) pro Monat.

Mit der Kindergrundsicherung sollen alle Kinder unterstützt werden. Sie soll darüber hinaus insbesondere jene Familien finanziell stärken, die mit weniger Haushaltseinkommen auskommen müssen. Weiters braucht es den massiven Ausbau kindbezogener Infrastruktur. Das umfasst insbesondere den kostenfreien Anspruch auf qualitativ hochwertige Kinderbildung mit gratis Mittagessen, kostenlosen Zugang zu Ferien- und Freizeitangeboten und flächen- sowie bedarfsdeckender Versorgung mit ärztlichem und therapeutischem Angebot. Das gewährleistet, dass alle Kinder gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können und verhindert, dass Armut vererbt wird. Wir tun alles, damit Eltern ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen können und lassen kein Kind zurück.

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ Tirol Bildung

Salurner Straße 2
6020 Innsbruck

www.spoe-tirol.at

Tel: 0512 / 53 66-0

Mail: office@spoe-tirol.at

